

# **Glanz und Elend der deutschen Geschichte**

## **Schlüsselergebnisse von 1946 bis 1988**

### **Band 9**

## **Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...**

**Band 9/123**

### **Die 68er Bewegung, "Die Grünen", Werteverfall, geistiger Verfall, Gleichmacherei, systematische Zerstörung der kulturellen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands, Teil 4**

Der deutsche Physiker Horst-Joachim Lüdecke (Professor für Informatik und Physik) berichtete später über den deutschen Klimaschutz und die Energiewende (x862/...): >>>Klimaschutz und Energiewende: Aktuelle Gebote oder nachhaltige Irrwege?

Als einzige große Industrienation verzichtet Deutschland auf die Kernkraft und erklärt dafür die erneuerbaren Energien zu den "Silberkugeln" seiner zukünftigen elektrischen Stromerzeugung. Keine Stimme des Auslands schickt Glückwünsche.

So schreibt der englische Daily Telegraph am 31.3.2011 "Frau Merkels Beschwichtigung der nuklearen Hysterie ist weit über die deutschen Grenzen hinaus verstörend, weil sie die Kapitulation einer ehemals in Wissenschaft und Technik führenden Nation gegenüber einem ideologischen Irrationalismus aufzeigt".

Die Entscheidung gegen die Kernenergie ist indes nur vorläufiger Endpunkt einer konsequenten Entwicklung. Diese begann mit "Klimaschutz", schädigte daraufhin Landschaften, Vogel- und Fledermauspopulationen, küstennahes Meer, Schifffahrt und Meeressäuger mit Tausenden von Windrad-Ungetümen und wird schließlich unsere elektrische Stromversorgung und Volkswirtschaft nachhaltig beeinträchtigen.

Der Schutz des "globalen Klimas" sei der globalen Erwärmung wegen unabdingbar. Schon in lokalen Stadtblättern finden sich Artikel wie "Online mit dem CO<sub>2</sub>-Spiegel die eigene Bilanz berechnen". Dabei gibt es überhaupt kein "globales Klima", sondern nur Klimazonen von tropisch bis polar. Jedes Klima war und ist immer in Veränderung begriffen. Konstantes Klima ist unmöglich und der Begriff "Klimaschutz" daher sinnlos. Der aktuelle Klimawandel hierzulande ist moderat. In früheren Zeiten hat es ungleich heftigere Veränderungen gegeben, so etwa in der "Kleinen Eiszeit" gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Wir fürchten uns heute vor wenigen Zehntel Grad C in 100 Jahren und übersehen, daß unsere Vorfahren in der Weichsel-Kaltzeit Klimasprünge von mehreren Grad C während ihrer Lebenszeit erleiden mußten - ohne anthropogenes CO<sub>2</sub>.

Gletscherforscher bezeugen höhere Temperaturen als heute über zwei Drittel der letzten 10.000 Jahre. Die Alpengletscher waren in längeren Warmperioden stets fast verschwunden. Nur deswegen konnte Hannibal mit Elefanten über die Alpen ziehen. In heißen mittelalterlichen Sommern trockneten Flüsse aus. Die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke wurden in der trockenen Donau gebaut, und die Kölner überquerten damals den Rhein zu Fuß. Man stelle sich Medienmeldungen über eine "Klimakatastrophe" vor, wenn sich solche natürlichen Ereignisse heute wiederholten!

Bis 250 Jahre lange Thermometer-Reihen und insbesondere 2.000 Jahre lange Temperaturrei-

hen, rekonstruiert aus Baumringen und Stalagmiten, zeigen Extreme, die die Variationen des 20. Jahrhunderts übertreffen. Es gibt keine Korrelation zwischen den irregulären Temperaturverläufen und dem vom Menschen verursachten ansteigenden CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre. Ohne CO<sub>2</sub> als lebenswichtigen Bestandteil der Photosynthese gäbe es weder Pflanze noch Mensch. Mehr CO<sub>2</sub> verbessert die Ernteerträge. Wir sollten daher CO<sub>2</sub>-Zunahme begrüßen und den kostspielig-unsinnigen Zertifikatehandel beenden. Die USA haben letzteres bereits getan.

Weltweit finden Wetterdienste keine Trends zu mehr Stürmen, Tornados, Dürren oder Überschwemmungen. Sogar das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) schreibt in seinem Dritten Sachstandsbericht von 2001 in Kapitel 2.7 "eine Zunahme von Extremwetterereignissen ist nicht auffindbar". Das Eis der Arktis unterliegt natürlichen langfristigen Schwankungen. So wurde die Nordost-Passage bereits 1878 durch Erik Nordenskjöld befahren. Ähnlich wenig Eis wie heute gab es schon einmal in den sehr warmen 1930ern. In jeder kühleren Phase kehrt es wieder zurück. Der Meeresspiegel steigt seit 10.000 Jahren, aber ein durch anthropogenes CO<sub>2</sub> bedingter oder gar beschleunigter Meeresspiegelanstieg ist bis heute weder mit Pegeldata noch mit Satellitenmessungen belegbar.

Nur mit Computer-Modellen, die nicht einmal die großen dekadalen Oszillationen oder den El Niño vorhersagen können, lassen sich Klimakatastrophen konstruieren. Insbesondere der "Hot Spot", eine von den Modellen unabdingbar geforderte Erwärmung der hohen Atmosphäre, ist nicht auffindbar. Daher sind die IPCC-Modelle falsch. Unstrittig wirkt das vom industrialisierten Menschen in die Atmosphäre gebrachte CO<sub>2</sub> erwärmend. Global sind es ca. 1 °C mehr, wenn sich (hypothetisch) der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft verdoppelt. Aber selbst zu dieser unbedenklichen und vorteilhaften Erwärmung kann es nicht kommen, denn dazu müßten alle förderbaren fossilen Brennstoffe verfeuert werden. Wir leben übrigens immer noch in der Zwischenwarmzeit eines Eiszeitalters. Die Wissenschaft definiert als Eiszeitalter, wenn beide Erdpole gleichzeitig vereist sind. Unsere Warmzeit wird vielleicht schneller enden, als es uns lieb ist.

Die Klimaforscher seien sich einig sagen Politik und Medien. Das Gegenteil trifft zu! Die Gegenstimmen von unzähligen hochrangigen Klimaforschern in Petitionen und Manifesten sowie in schon über 800 gegen die IPCC-Aussagen gerichteten Peer-Review Fachveröffentlichungen werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Alarmisten und Skeptikern. So lud am 20.4.2011 das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung Klimaexperten von EIKE zu einem wissenschaftlichen Workshop ein. Das für die Öffentlichkeit zweifellos interessante Protokoll des Treffens ist bis heute nur in [www.eike-klima-energie.eu](http://www.eike-klima-energie.eu) einsehbar. ...

Photovoltaik- und Windräder sollen in Deutschland langfristig 80 % des Bruttostromverbrauchs abdecken, eine technisch/wirtschaftliche Unmöglichkeit! Wind- und Sonnenstrom ist für Nischenanwendungen, meist von Entwicklungsländern, jedoch keineswegs in größerem Umfang für ein modernes Industrieland geeignet, denn sie haben zwei unabdingbare Nachteile: Die Unstetigkeit der Energielieferung und die zu geringe Energiedichte von Wind und Sonne. So kann man sich zwar gefahrlos der Sonne aussetzen und auch noch in einem stärkeren Wind stehen, steckt aber seine Hand nicht in einen Brennkessel und steigt nicht in einen reißenden Gebirgsfluß.

Zu kleine Energiedichte bedingt einen unwirtschaftlich hohen Aufwand bei Erzeugung von elektrischer Energie, daher der Zwang zu überdimensionalen Propellern, um dem Wind noch brauchbare Energiemengen zu entziehen. Wirtschaftlich noch ungünstiger ist die Photovoltaik. Rechnerisch sind viele 100 km Windräder hintereinander für ein einziges KKW zu installieren. Es ist wie mit den Kirschen: Wind-, Sonnenenergie und Kirschen sind teuer, weil sie nur mit großem Aufwand "gepflückt" werden können. Der Unterschied zwischen Photo-

voltaik und Solarpanelen zur Warmwasserbereitung ist allerdings zu beachten. Letztere sind für sommerliche Anwendungen sinnvoll, denn hier sind hohe Energiedichten nicht nötig.

Der entscheidende Nachteil ist aber die Unstetigkeit von Wind und Sonne, Windräder liefern beispielsweise hierzulande (auch Off-Shore) nur ca. 25 % der Zeit nennenswert Strom. ...

Elektrische Energie kann man in großem Umfang nur mit (einem) extremen, kostspieligen Aufwand speichern. Daher muß - der Öffentlichkeit kaum bekannt - zu jedem Windrad und jeder Solaranlage ein schnell reagierendes Gaskraftwerk bereitstehen, das bei Wind- oder Sonnenflaute einspringt. Trotz der inzwischen hohen installierten Nennleistung von Windturbinen und Photozellen können somit keine klassischen Kraftwerke eingespart werden. Für die extrem teuren Speicherpumpwerke als einzigen realistischen Maßnahmen zur Abpufferung des unstetigen Energieangebots der Natur fehlen in Deutschland die topographischen Voraussetzungen.

Die Kernenergie sei ethisch nicht mehr vertretbar. Eine wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Entscheidung wird damit sachfremd getroffen. In der von der Bundesregierung berufenen 14-köpfigen Kommission zur Energiewende befanden sich drei Kirchenvertreter, aber kein einziger Energie-Experte - ein Rückfall in Zeiten vor der Aufklärung.

Jede Form der Energieerzeugung ist mit Kollateralschäden verbunden, etwa den vielen Opfern des Untertage-Kohleabbaus. Bei ideologiefreier Risikobewertung sind deutsche KKW sicher. Daran ändern auch die Havarien von Tschernobyl, Harrisburg und Fukushima nichts, bei denen hierzulande undenkbar Verletzungen von Sicherheitsregeln Ursache waren. Der europäferne Siegeszug der Kernenergie ist ohnehin unaufhaltsam. Anders ist der Energiehunger der wachsenden Weltbevölkerung nicht zu stillen.

Ein nuklearfreies Deutschland wird maßgebende Nachteile im globalen Wettbewerb erleiden und Arbeitsplätze einbüßen. Vollends unverständlich ist das Ignorieren der Entwicklung von inhärent sicheren Typen der nächsten KKW-Generationen. Auch das Transmutationsverfahren zur radioaktiven Abfallreduzierung auf wenige Prozent ist Medien und Politik keiner Erwähnung wert. Die EU finanziert diese Entwicklung von bereits Pilotreife mit mehr als einer Milliarde Euro. Trotz KKW-Abstinenz darf sich Deutschland nicht der Kernenergie-Forschung und KKW-Weiterentwicklung verschließen! Da der deutsche Aderlaß an KKW-Leistung nur mit Gas und Kohle ausgleichbar ist, ist Rückkehr zur Kernkraft spätestens dann geboten, wenn inhärent sichere KKW's zur Verfügung stehen.

Profiteure des Klima-Alarmismus und der Energiewende haben Konjunktur, nur nicht der Verbraucher, der die Zeche zahlt. Windrad-, Solarplattenhersteller und der allgemeine Maschinenbau bis hin zum Handwerker, der Solarplatten aufs Dach schraubt, vertreten nachvollziehbare Interessen. Das nur vordergründig korrekte Argument neuer Arbeitsplätze übersieht den weit höheren Arbeitsplätzeverlust durch Kaufkraftschwund infolge steigender Energiepreise. Noch nie hat eine moderne Industrienation unwirtschaftliche Verfahren günstigeren zur Verfügung stehenden Methoden vorgezogen und daraus gar Vorteile erlangt.

Starken Lobbydruck zeigen die kostspieligen Beilagen vieler Zeitungen, die unablässig um Investoren in erneuerbare Energien werben. Rückversicherungen und Investment-Banken, die sogar eigene Klimaabteilungen betreiben, sind Hauptprofiteure. So schreibt naiv-unverblümt die Barclays Bank "CO2 Vermeidungstechnologie ist eine einzigartige Chance für Banken, um vom signifikanten Wachstum dieses Sektors zu profitieren und gleichzeitig zu demonstrieren, daß man einen positiven Beitrag gegen den Klimawandel leistet". Ein Schelm, wer dabei an eine neue, später platzende Blase denkt.

Auch die Politik ist höchst interessiert, spült doch der CO2-Zertifikatehandel Geld in die Staatskasse. Weitere Profiteure sind Klimatologen, Bürokraten des Klimawandels, NGO's und Weltverbesserungsideologen. Der Physiker Dr. Link vermerkt zutreffend auf seiner skeptischen Webseite "So ist festzustellen, daß es nicht mehr um die Wahrheit zum Klima und zur

Energie geht, sondern daß die Finanzkräfte im Gleichschritt mit den Klimatologen, der Politik, den Medien und, erstaunlich genug, mit den Umwelparteien und verbänden hier das Ruder übernommen haben. Insbesondere die Wissenschaft der Klimatologie hat sich korrumpiert und ist zum Alibi der Finanzwirtschaft geworden."

Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Umverteilung von unten nach oben. Den wirtschaftlich Schwachen aufgezwungenen Energiepreise wandern in die Taschen der Profiteure, dies auch noch gesetzlich verankert. Der volkswirtschaftlich und sozial verheerende Spuk von Subventionen für erneuerbare Energien ist daher zu beenden. Es müssen wieder freie Marktgesetze einkehren, denen sich alle Stromerzeugungssysteme zu stellen haben.

Allerdings ist eine geradezu panische Angst aller politischen Parteien unübersehbar - vor Wählern nämlich, die auf Grund jahrzehntelanger grüner Propaganda, geschürt von allen deutschen Medien, ihrer rationalen Urteilsfähigkeit verlustig gegangen sind. Deutschland hat indes immer noch ein großes Wählerpotential an technischer Intelligenz. Hierauf muß eine ehrliche und mutige CDU/CSU-Politik wieder aufbauen.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 26. Mai 2012 (x887/...): >>**Jugend ohne Gott**

Nirgends auf der Welt wird so wenig an Gott geglaubt wie in Mitteldeutschland - Gründe in der Geschichte

In der Tschechischen Republik und in den östlichen Bundesländern ist der Atheismus weit verbreitet. Genauer gesagt, glauben nirgends auf der Welt so wenige Menschen an Gott wie in Mitteldeutschland. Das hat eine neue US-Langzeitstudie herausgefunden hat. Berlin ist demnach ein Epizentrum der Gottlosigkeit, was für das allgemeine Wertgefüge hierzulande nicht ohne Konsequenzen bleibt.

Erstaunlicherweise ist in den fünf neuen Ländern und dem Ostteil Berlins der Atheismus auch in der Altersgruppe von jungen Menschen unter 28 Jahren, die nach der "Wende" 1989/90 bereits in der vereinten Bundesrepublik groß geworden sind, weit verbreitet. 71,6 Prozent von ihnen geben an, daß sie noch nie an die Existenz Gottes geglaubt haben. Damit ist der Unglaube fast genauso hoch wie in der Altersgruppe der 38- bis 47-Jährigen (72,6 Prozent).

In punkto Gottesferne bewegen sich also Jugendliche und Eltern, die noch die atheistische DDR-Erziehung genossen haben, etwa auf gleichem Niveau wie die jungen Leute. Offenbar waren also die Bemühungen der evangelischen und katholischen Kirche in den letzten 20 Jahren relativ erfolglos. Nur in der Altersgruppe zwischen 28 und 37 Jahren ist tatsächlich etwas weniger Atheismus festzustellen. Hier haben 63,8 Prozent noch nie an Gott geglaubt. Als Erfolg können die christlichen Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften diese etwas günstigere Zahl aber wohl auch nicht verbuchen. Denn wahrscheinlich ist der Rückgang durch diejenigen bedingt, die aus beruflichen Gründen vom Westen in den Osten gewechselt sind, ihren Glauben sozusagen mitgebracht haben.

Die vorgenannten Zahlen stammen aus dem internationalen Forschungsprojekt "Beliefs about God across Time and Countries" (Glaube an Gott über Zeiträume und Länder) von der Universität Chicago. Die an der Langzeitstudie beteiligten Soziologen wollten herausfinden, wie sich der Gottesglaube in verschiedenen Ländern im Laufe größerer Zeiträume verändert. Daher erfragten sie in den Jahren 1991, 1998 und 2008 das Ausmaß an Religiosität in christlich geprägten Ländern auf der ganzen Welt.

Für Deutschland wurden die Ergebnisse nach Ost und West aufgeschlüsselt. "Ich glaube nicht an Gott", sagten in Mitteldeutschland 52,1 Prozent aller Befragten, während in Westdeutschland dies nur 10,3 Prozent, in Rußland 6,8, in den USA drei und auf den Philippinen 0,7 Prozent erklärten. Der niedrige Wert in Rußland erstaunt vor allem deswegen, weil hier über mehr als 70 Jahre eine kommunistische Diktatur herrschte. Ähnlich wie die nationalsozialistische und sozialistische Herrschaft auf dem Gebiet Mitteldeutschlands versuchte sie den Men-

schen den Glauben an Gott auszutreiben.

Doch nach der Wende 1990/91 ließen sich in Rußland die Menschen wieder in Massen taufen. Während der Atheismus im Gebiet der ehemaligen DDR seitdem um 3,4 Prozent stieg, sank er in Rußland in den letzten 20 Jahren um 11,7 Punkte. Wie selbstverständlich besuchen auch der Präsident und Ministerpräsident Rußlands regelmäßig die Gottesdienste in den orthodoxen Kirchen des Landes, was man von Politikern in den neuen Bundesländern nur in Ausnahmefällen hört.

Was sind die Ursachen und Konsequenzen dieser relativ eindeutigen Ergebnisse? Lebt es sich ohne Gott tatsächlich leichter? Bleibt Gottlosigkeit ohne Konsequenzen für ein Land? Gerne wird die große Distanz zu Gott auf die allgemeine Modernisierung geschoben, so auch die Autoren der Studie. Das scheint nur auf den ersten Blick einleuchtend, weil jüngere Leute in der Regel etwas weniger als ältere an Gott glauben.

Ein Gegenbeispiel bildet Israel, wo deutlich mehr jüngere als ältere Menschen an Gott glauben. Israel ist eines der modernsten Länder der Welt mit der höchsten Zahl von patentierten Erfindungen pro Kopf. Nach Meinung der Studienautoren liegt das auch daran, daß Juden und Moslems in starker Konkurrenz zueinander leben, was bekanntlich "das Geschäft" belebe. Eine solche Konkurrenz gibt es in mitteldeutschen Gebieten nicht. Dort leben kaum Moslems und auch die evangelische und katholische Konfession haben sich schiedlich, friedlich "ökumenisch" arrangiert.

Ein wesentlicher Grund für den größeren Atheismus scheint jedoch in der Geschichte begründet zu sein. Slawische Gebiete östlich der Elbe galten bereits im Hochmittelalter als eher kirchenfern. Seit der Einführung der Reformation und dem Aufblühen der Aufklärung verstärkte sich dieser Trend, so auch in den vom Königreich Preußen beherrschten Gebieten. Im Gegensatz zu den katholisch oder orthodox geprägten Ländern konnten sich Säkularisierung und Kommunismus hier besonders ausbreiten.

Dramatisch zeigen sich die Auswirkungen besonders in den Kerngebieten der Reformation in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der evangelischen "Landeskirche Mitteldeutschland" mit der Lutherstadt Wittenberg gehören nur noch 19,5 Prozent der Bevölkerung an. Warum immer weniger Menschen mit dem von den christlichen Kirchen verkündeten persönlichen Gott etwas anfangen können, begründet der Erfurter Theologieprofessor Eberhard Tiefensee mit der "Areligiosität". Gemeint ist damit die Einstellung, daß es den Menschen völlig egal zu sein scheint, ob es Gott nun gibt oder nicht. Sie lassen den Höchsten links liegen und hoffen sozusagen ungestraft davonzukommen.

Ob das tatsächlich der Fall zu sein scheint, ist schon im irdischen Leben zweifelhaft. Galten früher bekennende Katholiken oder Protestanten zuweilen als eher rückständig, so scheint das heute anders zu sein. Die Religion gilt unter Kulturwissenschaftlern als der zentrale Motor für die Wertebildung, für Tugenden wie Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnung, Fairneß und ehrenamtliches Engagement. Allerdings komme es dabei wesentlich darauf an, zu welcher Religion man gehört, an welchen Gott der Mensch glaubt.

Daß man mit Gott erfolgreicher auch im Alltag sein kann als ohne Gott, das zeigen Initiativen, die es auch auf dem Gebiet der Ex-DDR gibt. So entstanden in den letzten 15 Jahren bei der evangelischen "Berliner Stadtmission" neue Gemeinden für junge Menschen. Bei der "Jungen Kirche Berlin" treffen sich vor allen Dingen Gymnasiasten, Studenten und junge Akademiker, die Freude am Glauben haben. Auch die in Erfurt angesiedelten katholischen Angebote der "Feier zur Lebenswende für Ungetaufte", das "Nächtliche Weihnachtslob" auf dem Domplatz oder der "Gottesdienst für Verliebte" erfreuen sich immer größeren Zulaufs.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Juni 2012 (x887/...):

**>>Wer ausschert, wird erledigt**

Eva Herman über Meinungsmache in den Medien und Desinformation

Es sind vor allem die letzten rund 40 Seiten, die bewegen, Erschütterung hervorrufen und vor allem Wut: Für ihr Buch "Das Medienkartell. Wie wir täglich getäuscht werden" hat die einst in der Öffentlichkeit gefeierte "Tagesschau"-Sprecherin Eva Herman und dann in einer medialen Hetzjagd wegen ihrer vom Zeitgeist abweichenden Meinungen um Job und Reputation gebrachte Journalistin zwei interessante Interviews geführt.

Ihre Gesprächspartner sind der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann, dem unterstellt worden war, er hätte in einer Rede antisemitische Äußerungen getätigt, und der ehemalige Kommandeur der Bundeswehr-Elitetruppe KSK, Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel, der, weil er Hohmann in einem Brief Mut zusprach, vom damaligen Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) unehrenhaft entlassen wurde.

Alles, was Eva Herman zuvor über öffentliche Meinungsmache, politisch motivierten oder schlechten Journalismus und gezielte Desinformation geschrieben und anhand mehr oder weniger gute Beispiele belegt hat, wird von den beiden Männern bestätigt. Hohmann wie Günzel bestätigen zudem, wie sich die meisten Freunde und Kollegen von ihnen abgewandt haben, nachdem die Medien über die beiden Männer hergefallen waren.

Hohmann lobt ausdrücklich seine Kollegen Norbert Geist und Vera Lengsfeld, die sich als einige der wenigen nicht von dem Strom der Hetze mitreißen haben lassen und sich selbst ein Bild von der Lage gemacht haben. Auch die "Junge Freiheit" und die Preußische Allgemeine Zeitung erwähnt Hohmann, da im Grunde nur sie sich die Mühe gemacht haben, seine umstrittene Rede vollständig zu lesen. Die meisten Medien hätten, wie zuvor bereits von Herman als grundsätzliches Phänomen kritisiert, ohne eigene Recherche einfach die Behauptungen aus der "Tagesschau" übernommen. Er habe gesagt, daß weder die Deutschen noch die Juden ein Tätervolk seien, doch die "Tagesschau" habe das Gegenteil daraus gemacht und alle anderen Medien unterstellten ihm fortan, er hätte behauptet, die Juden seien ein Tätervolk.

Kurz darauf wurde Hohmann aus seiner Partei verstoßen und wurde mit Klagen überhäuft. In dem vorliegenden Buch berichtet er von den Ergebnissen der Klagen und seiner Kritik an der Justiz. Ein interessantes Detail ist, daß der jetzt wegen seiner Kritik bei der Euro-Rettung an den Rand der CDU gedrängte Wolfgang Bosbach es war, der Hohmann-Unterstützter in den eigenen Parteireihen androhte, ihnen würde "klare Kante" gezeigt, sollten sie sich nicht von Hohmann distanzieren.

Günzel wiederum beschreibt, wie er als Gipfel der Demütigung seine Entlassungsurkunde auch noch ohne die Dankesformel "Für die dem deutschen Volk geleisteten treuen Dienste spreche ich Ihnen Dank und Anerkennung aus" erhielt. Doch Günzel meint, daß wenn man schon auf dem Scheiterhaufen stünde, es egal sei, mit welcher Art Holz man verbrannt werde. Trotzdem erschüttert es den Leser zu erfahren, wie Günzel aus politischen Motiven heraus von seinem Vorgesetzten behandelt wurde.

Wie ein Krimineller aus der Bundeswehr entlassen, mieden ihn plötzlich seine Kollegen. Jener, der ihm Anerkennung zollte, wurde bis heute nicht befördert. "Die große Leistung der Linken besteht ja eben gerade darin, ein aufgeklärtes Volk in dieser Beziehung quasi gleichgeschaltet zu haben und damit selbst bei intelligenten Menschen Verhaltensweisen auszulösen, die sich unserem Verstand weitestgehend entziehen", so Günzels Fazit der Affäre. Mit diesen Worten schlägt er wohl eher unbewußt den Kreis zu dem zu Beginn des Buches von Hermann zitierten Immanuel Kant, der dazu aufrief, sie seines eigenen Verstandes zu bedienen. Doch: "Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen ... dennoch gerne zeitlebens unmündig bleibt." ...

Eva Herman: "Das Medienkartell. Wie wir täglich getäuscht werden" ... Rottenburg 2012 ...<< Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Juli 2012 (x887/...):

>>**Energiewende schöngeredet**

DIW-Studie für Greenpeace verharmlost Kosten des grünen Experiments - Preisexplosion

wird geleugnet

Erneuerbare Energie ist nach einer aktuellen Greenpeace-Studie günstig zu haben: Der Atomausstieg beeinflusse die Kosten kaum. Schuld an der stockenden Energiewende und dem bisherigen Preisanstieg sei vielmehr die Bundesregierung, so das Gutachten.

Unternehmen geben sich mitunter ökologisch und ethisch korrekter, als es ihre Produkte bei kritischer Prüfung erlauben. Diesen Trend, sich grünzuwaschen (engl.: "Greenwashing"), attackieren Umweltschützer wie Greenpeace seit Jahren. Nun hat Greenpeace Deutschland, längst selbst ein Unternehmen, beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Studie in Auftrag gegeben.

Das Papier zeichnet die Chancen für kostengünstigen, sauberen und grünen Strom in rosigen Farben. Konkret geht es in dem Gutachten um die Kosten der Energiewende in Deutschland. Anfang des Jahres warnte nämlich die Industrie vor deren hohen Kosten, trotz abfedernder Ausnahmeregel: "Deshalb ist es fahrlässig zu behaupten, daß die Energiewende allenfalls ein paar alten Industrien die Existenz kosten werde", so der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel.

Arbeitsplatzverlust und De-Industrialisierung, Letzteres von EU-Energiekommissar Günther Oettinger im Mai kritisiert, droht laut Wirtschaftsexperten daher vor allem wegen der hierzulande vergleichsweise hohen Stromkosten, angefeuert durch den Atomausstieg.

Nun stellte Claudia Kemfert, Mitverfasserin des neuen Greenpeace-Papiers und Leiterin des Bereichs Energie, Verkehr, Umwelt am DIW, abweichend fest, es sei "keine Strompreisexplosion zu erwarten". Außerdem gelte: "Ein möglicher Strompreisanstieg kann durch Energieeffizienzverbesserungen deutlich abgemildert werden."

Sparen soll demnach weiteren Preisanstieg und drohende Versorgungsengpässe infolge der Abschaltung von (Kern-)Kraftwerken verhindern. Wie das Grundproblem der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei steigenden Preisen für grüne Energien gelöst werden kann, erklärt die neue Studie nicht. Die Großindustrie habe enorme Möglichkeiten zum Stromsparen, hieß es nun bei Vorstellung der Studie pauschal. Demnach sei bis zum Jahr 2020 mit einem Aufschlag von gerade einmal 0,2 bis 0,6 Cent pro Kilowattstunde auf den Großhandelspreis für Strom zu rechnen. Das entspreche einem Preisanstieg zwischen vier und zwölf Prozent, rechnet das DIW vor.

Die Deutsche Energieagentur Dena schätzte im Dezember hingegen den Anstieg auf rund 20 Prozent bis 2020. Auch die Bundesnetzagentur rechnet mit höheren Preisen als die Umweltschützer. Tatsächlich zahlen deutsche Verbraucher für eine Megawattstunde Strom bereits 80 Euro. In Italien sind es beispielsweise nur 60 und in den USA umgerechnet nur gut 40 Euro. Die Umweltaktivisten haben indes laut ihrer Studie vor allem das nationale Klimaschutzziel von 40 Prozent weniger Kohlendioxydausstoß bis 2020 im Blick. Um das zu erreichen, sollen Stromproduzenten gut die Hälfte weniger Treibhausgase produzieren, fordert die Studie nun. Bei Abschaltung der Atomkraftwerke sei dies nur im Rahmen eines funktionierenden europäischen Emissionshandels möglich, behauptet das Papier.

Statt einen kritischen Blick auf die realen Möglichkeiten sauberer Kraftquellen zu werfen, spricht Greenpeace sich so für noch mehr Bürokratie aus. Erst damit "würden die Investitionen in Kohlekraftwerke unattraktiv und emissionsärmere Gaskraftwerke begünstigt", so die Empfehlung. Diese ist maßgeschneidert auf die Greenpeace-Forderung, Gaskraftwerke als Brückentechnik einzusetzen bei gleichzeitiger Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2015. Erst vor wenigen Wochen hatte sich Greenpeace für die Abschaltung sämtlicher Kohlekraftwerke ausgesprochen und Gaskraftwerke als vorübergehenden Ersatz gefordert, und zwar ungeachtet der Tatsache, daß deren Bilanz beim Kohlendioxyd kaum geringer ausfällt.

Die Entscheidung fiel mit dem Bekanntwerden neuester Daten zu Deutschlands jüngst steigendem Kohleverbrauch zusammen. Das Beratungsunternehmen Ecofys berechnete daraufhin im

Auftrag von Greenpeace für alle 140 deutschen Kohlekraftwerke, wie viel Strom diese noch liefern dürfen und wann sie vom Netz zu nehmen sind.

Die aktuelle Studie geht noch weiter. Wenn ein funktionierender Emissionshandel mit einer erfolgreichen Effizienzpolitik vereint werde, würde der Schadstoffausstoß im Stromsektor im Jahr 2020 um 48 Prozent geringer ausfallen als jetzt, im Jahr 2030 sogar um 64 Prozent. Falls es anders kommen sollte, benannte Greenpeace-Energieexperte Niklas Schinerl auch schon einen Schuldigen: "Wenn die Strompreise steigen, ist nicht der Atomausstieg der Sündenbock, sondern Wirtschaftsminister Rösler."

Die schiere Hoffnung auf beständig weitere Stromsparmöglichkeiten bestimmt so den Blick auf die Energiewende.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 2012 (x887/...): >>Mit der Energiewende in den Atom-Gau

Über die instabilen, veralteten Stromnetze droht Deutschland eine Gefahr, die kaum wahrgenommen wird

Die im März 2011 eingeläutete "Energiewende" sollte in Deutschland ein Horror-Szenario wie in Fukushima ausschließen. Tatsächlich hat sich aber seit dem überstürzten Atomausstieg die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe sogar erhöht.

Bahn-Chef Rüdiger Grube war es, der vor wenigen Wochen noch mal in Erinnerung brachte, auf welchem dünnem Eis sich Deutschland mit seiner Energiewende bewegt: 30 Prozent der Züge könnten in Nordrhein-Westfalen an kalten Tagen im kommenden Winter ausfallen, so Grube vor wenigen Wochen. Der Hintergrund der Warnung: Zum Jahreswechsel läuft die Betriebsgenehmigung des Kohlekraftwerks Datteln aus.

Allen Erfolgsmeldungen vom Ausbau der erneuerbaren Energien zum Trotz, der Ausfall eines einzigen Kraftwerks könnte Folgen haben, die über stehengebliebene Züge weit hinausgehen. Das gesamte deutsche Stromsystem hat sich zu einem hochfragilen System entwickelt, das bereits mehrfach vor dem völligen Absturz gestanden hat. Die Grundkonzeption der heutigen Netze stammt teilweise noch aus den 1950er Jahren, das Stromnetz war nie auf die dezentrale Einspeisung großer Energiemengen abgestellt. Tatsächlich werden die Mengen an unregelmäßig anfallendem Wind- und Solarstrom, die das Netz bewältigen muß, aber immer größer.

Die Folge: Das Energienetz kommt immer öfter an seine Belastungsgrenzen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit eines sogenannten Blackouts, des Totalzusammenbruchs des Stromnetzes. Auf die Frage, wie lange es dauern würde, das deutsche Stromnetz wieder in Gang zu bringen, gibt es keine deutschen Prognosen. Der schweizerische Netzbetreiber Swissgrid rechnet mit drei Tagen, die er benötigen würde, um sein Netz wieder aufzubauen, der österreichische Betreiber Austrian Power Grid geht von sieben Tagen aus. Beide Länder hätten allerdings gegenüber Deutschland einen entscheidenden Vorteil: ihre Wasserkraftwerke. Diese lassen sich ohne Rückgriff auf das Stromnetz aus eigener Kraft wieder anfahren.

Hinter den deutschen Möglichkeiten, sich aus einem landesweiten Stromausfall wieder herauszuarbeiten, steht ein großes Fragezeichen. Die Voraussetzungen scheinen nicht sonderlich günstig. Neben Gaskraftwerken würde vor allem Deutschlands größtes Pumpspeicherwerk im thüringischen Goldisthal zum Ankerpunkt eines Neustartes werden. Gebietsinseln mit wiederhergestellter Stromversorgung würden Schritt für Schritt miteinander verbunden werden. Ein Balanceakt: Stromangebot und -nachfrage müßten ständig aufeinander abgestimmt werden, jederzeit würde ein neuer Netzzusammenbruch drohen.

Eine Studie im Auftrag des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 ging von 14 Tagen ohne umfassende Stromversorgung aus. Untersucht wurden die Konsequenzen eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls in Deutschland.

Das Fazit des Berichts: "... ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern." Sofort ausfallen würden Tankstellen, Fahrstühle, Wasserwerke, Ampeln, Geldautomaten, Su-



permarktkassen und die meisten Telefonnetze. Nach drei Tagen würde die ärztliche Versorgung zusammenbrechen und würden Versorgungsengpässe bei der Lebensmittelversorgung entstehen. In den Krankenhäusern wären dann die Dieselpreserven für die Notstromaggregate aufgebraucht, bei den Lastwagen wären die Tanks leergefahren. Was in Deutschland überhaupt an Vorsorgemaßnahmen getroffen wurde, ist auf die Überbrückung von Stromausfällen von Stunden, bestenfalls einigen Tagen ausgelegt.

Drei Monate vor der Fukushima-Katastrophe im Dezember 2010 fertiggestellt, wird in der Bundestagsstudie das "heißeste Eisen" im Zusammenhang mit einem lang andauernden Stromausfall allerdings nicht einmal erwähnt: die Kühlung der deutschen Atomkraftwerke. Mit einem Netzzusammenbruch würden auch die Kernkraftwerke wie alle übrigen Kraftwerke vom Netz gehen, sie müßten runtergefahren werden.

Damit ist es allerdings nicht getan. Selbst nach dem Abschalten müssen die Brennstäbe soweit heruntergekühlt werden, daß eine Kernschmelze verhindert wird - und zwar jahrelang. Erst nach zehn Jahren ist die Nachzerfallswärme der Brennstäbe soweit gesunken, daß sie überhaupt transportfähig sind. Um die Kühlwasserpumpen für die Brennstäbe und die Leittechnik der Kraftwerke am Laufen zu halten, ist nach einem Zusammenbruch des Stromnetzes der Rückgriff auf Notstromaggregate nötig. Im Fall der AKWs sind diese so leistungsfähig, daß sie problemlos in der Lage sind, den Strombedarf von Kleinstädten abzudecken. Der Dieserverbrauch ist entsprechend.

Sobald die in den Kraftwerken vorhandenen Dieselvorräte für die Notstromaggregate aufgebraucht wären, müßte Nachschub herangeschafft werden - unter den Bedingungen eines "Kollaps der gesamten Gesellschaft", der sich nach der Prognose der Bundestagsstudie alsbald landesweit einstellen würde.

Welches Szenario droht, wenn auch nur in einem der 17 aktiven oder stillgelegten deutschen Kernkraftwerke der Versuch mißlingt, die Kühlung der Brennstäbe zu sichern, läßt sich am japanischen Fukushima absehen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe hat sich ausgerechnet mit dem überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie und dem ungebremsen Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Vorhandensein wichtiger Voraussetzungen wie leistungsfähiger Leitungsnetze oder Speichermöglichkeiten für die Solar- und Windenergie um einiges erhöht.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Januar 2013 (x887/...): >>>**Ein Sozialexperiment**

Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen

Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 80er Jahre wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei.

Wie in Deutschland erst kürzlich bekannt wurde, hat in Norwegen der Komiker und Soziologe Harald Eia bereits 2010 einen Film über die Gender-Lehren gedreht. Eia konfrontiert "Gender-Experten" mit psychiatrischen und biologischen Forschungsergebnissen. Auf die Frage, was denn an den Behauptungen dran sei, daß beispielsweise die Gehirne von Männern und Frauen unterschiedlich seien, antwortete eine "Expertin" etwas schlicht: "Ich weiß nicht, ob daran etwas stimmt!" Einer ihrer Kollegen: "Ich denke, das ist altmodische Forschung!" So einfach wie es sich diese "Experten" gemacht haben, ist die Materie freilich nicht.

In dem Buch "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", das den Gegenstand dieser Besprechung bildet, stammt der Hauptbeitrag von dem renommierten Neurophysiologen Manfred Spreng, der detailliert Unterschiede zwischen

männlichem und weiblichem Gehirn deutlich macht und auch deren jeweiligen besonderen Nutzen für Mann und Frau und vor allem in der Ergänzung zueinander veranschaulicht. Dabei geht Spreng auf humorvolle und auch für den Laien verständliche Weise vor.

Die Stärke des Beitrages liegt nicht nur im Beleg der geschlechtsspezifischen Verschiedenartigkeit des menschlichen Gehirns und der Entlarvung einer als Wissenschaft getarnten Ideologie, die den Menschen gegen den naturgegebenen Strich zu bürsten versucht, sondern auch im Wecken eines vertieften Verständnisses der Geschlechter füreinander. Gleichheit, so Spreng, kann sich höchstens addieren, Verschiedenheit kann sich ergänzen und damit wesentlich mehr und Neues erreichen.

Daß es sich beim Gender-Mainstreaming keineswegs um eine harmlose Spielweise einiger unterbeschäftigter Sozialpolitiker handelt, sondern um ein gefährliches Sozialexperiment, wird in der Einleitung des Herausgebers überdeutlich. Andreas Späth zeigt neben der geschichtlichen Entwicklung der Gender-Ideologie auch konkrete Beispiele und Anwendungen auf, anhand derer der ganze Unsinn dieser sogenannten "Genderung" der Gesellschaft schlagartig bewußt wird.

Abgeschlossen wird das Buch mit einem Aufsatz des Religionsphilosophen Harald Seubert, der verschiedene Ansätze der Gender-Vordenker analysiert und zutreffend moniert, daß diese Leute zwar selbst alles von ihrer Warte aus kritisieren, aber sich und ihre Disziplin und deren Ansätze quasi gegen den wissenschaftlichen Diskurs immunisieren.

Manfred Spreng, Harald Seubert, herausgegeben von Andreas Späth: "Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie", ... 2012 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Februar 2013 (x887/...): >>>Keine Herzensangelegenheit

Atomausstieg: Für Schwarz-Gelb Pflicht statt Kür - Nur so lassen sich umstrittene Hermesbürgschaften erklären

Trotz Energiewende hält die Bundesregierung an Bürgschaften für den Neubau von Kernkraftwerken im Ausland fest. Die Begründung: Der "Atomausstieg" sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit und habe keine Auswirkung auf andere Staaten.

Kurz nach der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima I änderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unerwartet ihre Haltung zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Das Unglück in Japan zeige, "daß selbst in einem Hochtechnologieland wie Japan die Risiken der Kernenergie nicht beherrscht werden können".

In Deutschland soll deshalb 2022 Schluß sein, erklärte die Regierungschefin im Juni 2011. Daß Erdbeben und Tsunamis, die in Japan erst das Desaster ausgelöst hatten, hierzulande eher selten vorkommen, spielte keine Rolle. Das Bundesumweltministerium will zudem "mit der Gestaltung der Energiewende in Deutschland Alternativen zur Nutzung der Kernenergie und der fossilen Energieträger aufzeigen und so zur Nachahmung anregen".

Doch der innenpolitische Schwenk bedeutet nicht, daß Berlin auch auf die Förderung neuer Reaktoren im Ausland verzichten will, obwohl die Bürger darauf eingeschworen werden, daß ihr Land "Vorbild für eine wirtschaftlich erfolgreiche und nachhaltige Energiewende weltweit werden" könnte. Im Gegenteil, bei Voranfragen mehrerer umstrittener Projekte winken Garantien der Bundesregierung, die sogenannten Hermesbürgschaften, die als Sicherheiten beim Export deutscher Zulieferungen oder Dienstleistungen und somit dem Erhalt inländischer Arbeitsplätze dienen.

Wie aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums im August 2012 auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Ute Koczy hervorging, hat die Bundesregierung für mehrere internationale Atomprojekte eine grundsätzliche Bereitschaft zu deutschen Bürgschaften signalisiert. Die Bundesregierung hatte Interessensbekundungen, Letters of Interest, zur Prüfung von Bürgschaftsanträgen für die Projekte in Jaitapur (Indien), Temelin (Tschechi-

en), Wylfa (Großbritannien) sowie Olkiluoto (Finnland) "bereits ausgestellt". Zudem lagen dem Interministeriellen Ausschuß für Exportgarantien Anfragen für Projekte in Cernavoda (Rumänien) sowie Hainan (China) vor. Die sieben Reaktoren im indischen Jaitapur will beispielsweise Frankreichs Konzern Areva, der auch einen Standort in Erlangen unterhält, mitten in einem Erdbeben- und Tsunami-Gebiet bauen.

Innenpolitisch drohten die Exportgarantien zum Konflikt zwischen Bund und Bayern zu führen. Eine Zusage für das tschechische Kernkraftwerk Temelin, 60 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, schloß das von der FDP geführte Bundeswirtschaftsministerium nicht aus, während sich die Landesregierung Bayerns um Horst Seehofer, (CSU) im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung gegen den Ausbau von Temelin und gegen die Erteilung der Bürgschaften aussprach. Für acht Milliarden Euro soll das Werk bis 2025 um zwei Reaktoren erweitert werden. Tschechiens Stromkonzern CEZ hat die deutsche Tochter des französischen Kraftwerksbauers Areva inzwischen aus dem Bieterwettbewerb geworfen, so daß die Diskussion um die Erteilung von Hermes-Exportkreditbürgschaften in diesem Fall endete.

Bereits Anfang 2010 erklärte sich Berlin grundsätzlich bereit, die Beteiligung von Areva/Siemens am Bau des Reaktors Angra 3 in Brasilien mit 1,3 Milliarden Euro abzusichern. Während aber im Fall Deutschlands Fukushima als "persönlicher Einschnitt" der Bundeskanzlerin reichte, bedarf es etlicher Debatten und Gutachten im Bundestag, um die Frage zu beantworten, ob der Bau des Kernkraftwerks Angra 3 in einem erdrutschgefährdeten Gebiet sinnvoll sei.

Gerne zeigen sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Debatten über die Kernenergie als die moralisch überlegenen Parteien und zitieren ihre 2001 beschlossenen Richtlinien zur Exportförderung für Nukleartechnologie. Nach den verschärften "Hermes-Umweltleitlinien" sollten damals keine Hilfen für Nukleartechnologien zum Neubau oder zur Umrüstung von Atomanlagen mehr gegeben werden. Maßnahmen zur Stilllegung oder im Einzelfall zur Verbesserung der Sicherheitsstandards bestehender Anlagen sollten hingegen unterstützt werden. Dabei verschweigt die Opposition bewußt, daß die Schröder-Regierung ähnlich wie die heutige Regierung agierte und beispielsweise 1999 eine Hermesbürgschaft für die Nachrüstung des slowenischen Kernkraftwerks Krsko und ein Jahr später für Atucha I in Argentinien und Ignalina in Litauen übernommen hatte.

Noch im Januar 2013 bestätigte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) gegenüber dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, daß auch zukünftig der Bau von Kernkraftwerken mit Kreditbürgschaften unterstützt wird. Der Beirat hatte Ende 2012 einstimmig dafür plädiert, daß keine weiteren Bürgschaften für diese Zwecke im Ausland mehr zu vergeben seien. "Risiken, die wir selbst nicht wollen, dürfen wir auch nicht bei anderen fördern", sagte Beiratschef Andreas Jung (CDU).

Widersprüchlich ist, daß die deutsche Energiewende einerseits Vorbild für andere Länder sein soll, andererseits die Bundesregierung die internationale Zusammenarbeit im nuklearen Bereich fortsetzt, auch wenn dabei höchstmögliche Sicherheitsstandards angestrebt sind. Die Erklärung für dieses Vorgehen ist, daß die Entscheidung für oder gegen die Nutzung der Kernenergie das souveräne Recht eines jeden Staates sei.

Die Industrie stellt sich langsam auf ein Ende der deutschen Förderpolitik ein. Der brasilianische Energieversorger Eletrobras Eletronuclear erhielt kürzlich von einem der größten staatlichen Finanzdienstleister Südamerikas ein Darlehen, um die Fertigstellung der Kernkraftwerkseinheit Angra 3 zu finanzieren. Die deutschen Energieversorger RWE und E.ON ändern ihre Strategien und ziehen sich aus Kernkraftprojekten im Ausland, wie im rumänischen Cernavoda und im finnländischen Pyhäjoki, zurück.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Oktober 2013: >>Fragwürdige Geschäfte

Sexualaufklärung für Kinder: Ihre Unterstützung für höchst umstrittene Projekte rückt die Beratungsgesellschaft Pro Familia in kein gutes Licht

Ist die Pädophilie-Debatte bei den Grünen nur die Spitze eines gewaltigen Eisbergs? Während die Republik über die Untaten prominenter Öko-Politiker wie Daniel Cohn-Bendit, Volker Beck oder Jürgen Trittin diskutiert, gelangen immer neue Details über die bis in die Gegenwart andauernde menschenverachtende Sexualideologie der 68er-Bewegung an das Licht der Öffentlichkeit.

Seit langem sorgt ein sogenanntes Aufklärungsbuch für Kinder ab fünf Jahren unter teilweise geschockten Eltern für Diskussionsstoff. Denn ob die in dem Buch "Wo kommst du her?" enthaltenen Illustrationen noch kindgerecht sind oder bereits die Grenze zur Pornographie überschritten haben, gilt als umstritten. Ein erigierter Penis, über den "Lisa" ihrem Partner "Lars" ein Kondom streift. Detailgenaue Beschreibung und Bebilderung des Geschlechtsakts inklusive Orgasmus. Nicht wenigen Eltern geht das entschieden zu weit, kommt für ihre Kleinen als Aufklärungsmaßnahme entschieden zu früh.

"Ab fünf Jahren?" ist die ungläubige Frage, die Eltern sich auch bei Diskussionen im Internet darüber stellen. "Meine Tochter ist sechs Jahre alt, ich würde ihr aber das Buch weder zeigen noch vorlesen. Und das, obwohl ich mich nicht zu den konservativen Menschen" zähle, schreibt ein Vater über das Werk auf der Online-Plattform Amazon.

An einer Grundschule in Berlin-Kreuzberg, an der das Buch bereits angeschafft, aber noch nicht zum Einsatz gekommen war, hatte es zu Schulbeginn Proteste gegen diese Form der "Aufklärung" gegeben.

Dabei ist das Buch nicht neu. Bereits 2002 herausgegeben, ist es offenbar auch für die Kleinen in Kindergärten zugänglich. "Unsere Tochter (5) hat das Buch über die Kita aus der Bibliothek ausgeliehen. Es hat ihr etliche Fragen beantwortet, die sie sich bis dahin noch nicht gestellt hatte. Monatelang danach meinte sie, sie möchte später keine Kinder, das tue ja weh", schrieb sich eine Amazon-"Kundin" bereits im Dezember 2010 ihren Unmut darüber von der Seele. "Muß eine Fünfjährige so detailliert Bescheid wissen, wie es in diesem Buch beschrieben wird? Wir sind wahrlich nicht prude und für frühzeitige Aufklärung, aber dieses Buch hat unsere Tochter komplett überfordert", empört sie sich.

Empfohlen wird "Wo kommst du her?" von Pro Familia. "Dieses Buch kannte ich bisher noch nicht", erklärt Klaus Günter Annen. Annen, ein Lebensrecht-Aktivist, beschäftigt sich seit vielen Jahren mit einer ganzen Reihe äußerst fragwürdiger Buchempfehlungen durch die von Bund, Ländern und Kommunen mit reichlich Zuschüssen versehene Gesellschaft. Seine über Jahre zusammengetragenen Dokumente über Pro Familia hat er mit akribischer Ordnung in Klarsichthüllen gepackt und in Aktenordnern geheftet.

"Das Zeigen eines erigierten Penis an Fünfjährige könnte rechtlich auch als Verbreitung von Pornographie bewertet werden", meint er beim Durchblättern des Buches. Aber die Staatsanwälte ließen so etwas regelmäßig mit der Begründung durchgehen, daß dies der Aufklärung diene. "Die Staatsanwaltschaften lassen sich von den Jugendämtern beraten", erklärt Annen. Die wiederum würden sich an die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wenden. "Die Prüfstelle kann eine Schrift indizieren. Tut sie das nicht, gibt es auch kein Strafverfahren", schildert Annen seine Erfahrungen.

"Wer arbeitet in den Jugendämtern, was sind das für Leute? Wer sitzt in der Prüfstelle?" fragt er sich und fordert mehr Wachsamkeit der Politik bezüglich der personellen Besetzung dieser Institutionen. Rechtsgrundlage für jugendgefährdende Medien ist Paragraph 18, Absatz 1, Satz 1 des Jugendschutzgesetzes, wonach jugendgefährdendes Material auf einer Liste, den sogenannten indizierten Medien, zu führen ist. Doch die Auslegung des Paragraphen erfolge nach der ständigen Spruchpraxis der Prüfstelle.

"Aufklärungsbücher" wie "Wo kommst du her?", die in Schulen und Kindergärten Einzug

halten, kennt Klaus Günter Annen reichlich. Viele davon seien von Pro Familia empfohlen worden. Unter anderem "Lieben, kuscheln, schmusen - Hilfen für den Umgang mit kindlicher Sexualität", das von Pro Familia beworben und zum Verkauf angeboten wurde. In ihm werden Erzieher sogar dazu aufgefordert, alle Kinder des Kindergartens nackt auszuziehen und mit ihnen sogenannte Po-Spiele durchzuführen. Dabei sollen Oberkörper und Köpfe mit Bettlaken abgedeckt werden, während ein Kind erraten muß, welcher Po zu welchem Kind gehört. Zudem sind Anleitungen zum gegenseitigen Beriechen der Genitalien enthalten sowie die Aufforderung an die Kinder, Nacktbilder von zu Hause mitzubringen, um daraus Memory-Spiele anzufertigen.

In "Lieben, kuscheln, schmusen" ist auch eine Empfehlung des 1974 erstmals erschienenen Buches "Zeig mal!" enthalten. "Die Erstausgabe von 'Zeig mal!' ist heute in pädophilen Kreisen sehr begehrt", sagt Annen. Preise zwischen 300 und 400 Euro würden in der Pädö-Szene dafür aufgerufen. Nachdem Vorwürfe des sexuellen Mißbrauchs und der Kinderpornographie laut geworden waren, sei das Buch später umgeschrieben und entschärft worden.

Mehrere Indizierungsanträge gegen "Zeig mal!", das ebenfalls von Pro Familia als Aufklärungsbuch empfohlen worden war, wurden von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften abgelehnt. Erst als die Junge Union Wuppertal sowie das Jugendamt Frankfurt 1996 erneut Indizierungsanträge stellten und auch Medien das Buch zu thematisieren begannen, wurde es vom Markt genommen.

Das Vorwort dazu stammt von dem 2008 verstorbenen Psychologen Helmut Kentler, der 20 Jahre lang als Professor für Sozialpädagogik an der Universität Hannover wirkte. In den siebziger Jahren galt der bekennende Homosexuelle als "Guru der sexuellen Revolution" (Die Zeit) und als "Papst der Sexualpädagogik" (taz).

Erst vor drei Wochen hatte die taz berichtet, daß die West-Berliner Senatsverwaltung für Jugend Ende der sechziger Jahre minderjährige Heimausreißer an pädophile Männer vermittelt hatte. Sex zwischen Schutzbefohlenen und Betreuern habe zum pädagogischen Konzept gehört und die Jugendlichen stabilisieren sollen. Dieser "Feldversuch" sei von Kentler angeleitet und der SPD-geführten Behörde "stillschweigend genehmigt" worden.

Der derzeit die Pädophilie-Verstrickungen der Grünen aufarbeitende Politikwissenschaftler Franz Walter bezeichne Kentler als "Schlüsselfigur" der damaligen Debatte über die "sexuelle Gleichberechtigung von Homosexuellen und Pädophilen", schreibt das Blatt, das noch fünf Jahre zuvor Kentler in einem Nachruf als "verdienstvollen Streiter für eine erlaubende Sexualmoral" feierte.

Der Wissenschaftler war von 1979 bis 1982 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Sexualforschung, gehörte darüber hinaus dem Beirat der Humanistischen Union an, die ihn nach seinem Tod als "Vorbild für öffentliche Wissenschaft" und "Leuchtturm unseres Beirats" pries.

Klaus Günter Annen hatte Ende der neunziger Jahre das Bundesfamilienministerium auf das Buch "Lieben, kuscheln, schmusen" aufmerksam gemacht. Im Februar 1998 erhielt er ein Antwortschreiben.

"Mit Ihnen bin ich der Auffassung, daß die zitierten Textbeispiele und aufgeführten Spielvorschläge geschmacklos sind und absolut ungeeignet für die Sexualaufklärung im Kindergarten", hatte ihm das Ministerium mitgeteilt. Da aber nicht der vom Bund bezuschußte Bundesverband von Pro Familia der Herausgeber sei, sondern ein untergliederter Landesverband, sei man dafür nicht zuständig, hatte es in dem Schreiben geheißen. Mitautorin des Buches ist Beate Martin von Pro Familia in Münster, die darüber hinaus als Mitarbeiterin und Ausbilderin am Institut für Sexualpädagogik Dortmund (ISP) wirkt.

Übrigens - das Buch "Wo kommst du her?" enthält ein Vorwort des ehemaligen Pro-Familia-Mitarbeiters Martin Kessel. Der Sexualpädagoge war Geschäftsführer der Pro Familia Ver-

triebs GmbH & Co KG, die vom Bundesverband, den Landesverbänden sowie dem hessischen Förderverein von Pro Familia ins Leben gerufen worden war. Pro-Familia-Mitglieder und Sympathisanten stiegen als Kommanditisten ins Unternehmen ein, das Kessel später übernehmen und in Kessel Marketing & Vertriebs GmbH umbenennen sollte. Die Firma verkauft Sexartikel, Kondome, Spiralen, Gleitmittel. Auch sogenannte Aufklärungsmedien wie Plakate, Videos, Bücher und Verhütungsmittelkoffer bietet die Gesellschaft zum Verkauf an.

Ein lohnendes Geschäft. Die Produkte finden in Beratungsstellen, Drogerien, Apotheken, bei Ärzten, Schulen und Hochschulen, Jugendeinrichtungen, Automatenaufstellern sowie Privatpersonen ihre Abnehmer.

Zudem gründete Kessel die inzwischen wieder aufgelöste Firma Contragest GmbH, über die er die Vertriebsrechte an der Abtreibungspille Mifegyne erworben hatte. Kurze Zeit später sollte sich der Vergütungssatz für die Pille erhöhen. Daß Ärzte dadurch eher gewillt seien, sie einzusetzen, davon ist Annen ebenso überzeugt wie davon, daß Kessels langjährige Kontakte zu Pro Familia sich bei der Vergütungssatz-Erhöhung als äußerst nützlich erwiesen haben dürften.

Sonja Härdin: Wo kommst du her? Loewe-Verlag, 2. Auflage, Bindlach 2007, gebunden, 36 Seiten ...

### **Pro Familia**

Pro Familia ist ein gemeinnütziger Verein, der mit Mitteln des Bundes, der Länder und Kommunen öffentlich gefördert wird. Der Verein wurde im Jahr 1952 gegründet. Dessen Gründungsvorsitzender, Hans Harmsen, war nicht nur ein Schüler des sozialdemokratischen Eugenikers Alfred Grotjahn, sondern auch in Eugenik-Projekte des Nationalsozialismus involviert. Ebenfalls zu den Mitbegründern zählte Anne-Marie Durand-Wever, die als Vizepräsidentin fungierte. Unter anderem war Durand-Wever Ende der vierziger Jahre Bundesvorsitzende des aus antifaschistischen Frauenausschüssen hervorgegangenen Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD), der sich später zur Massenorganisation der SED entwickeln sollte.

Pro Familia ist zudem eng mit dem linken Spektrum der SPD verbunden. Politisch linksaußen beheimatet ist zum Beispiel Gisela Notz, die von 2004 bis 2010 dem Verein vorstand. Fast 30 Jahre lang war Notz als wissenschaftliche Referentin im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung angestellt. Als Redakteurin war sie in den Jahren von 1985 bis 1997 für die Zeitschrift Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis tätig, seit 2008 als Redakteurin für die linksradikale Zeitschrift Lunapark<sup>21</sup>.

Überhaupt sieht sich Pro Familia als Vorkämpfer einer sexuellen Kultur, in der die "Irrationalität von Sexualität anerkannt und auch als kulturelle Bereicherung" gesehen wird und in der "sexuelle Selbstbestimmung und damit auch Bestimmung über die eigene Fruchtbarkeit als wesentliches Merkmal sozialer Kompetenz" gelten. Vor diesem Hintergrund bietet die Gesellschaft Beratungen zur Familienplanung und Schwangerschaft an. In einigen ihrer 160 Zentren werden zudem ambulante Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen.

### **Pädo-Vorwürfe gegen Pro Familia**

Die Pädophilie-Debatte hat Pro Familia erreicht. Nach einem Bericht des Tagesspiegels finden sich im Pro-Familia-Magazin der achtziger und neunziger Jahre pädophilenfreundliche Texte. So habe der Soziologe Rüdiger Lautmann geschrieben, daß der "echte Pädophile" mit den Kindern "außerordentlich vorsichtig" umgehe, weshalb eine Schädigung des Kindes "sehr fraglich" sei. Zudem forderte der Jurist Norbert Lammertz 1985 die Neuordnung des Sexualstrafrechts. Kontakte, die "mit dem Willen" des Kindes zustande kämen und "gewaltfrei" seien, sollten demnach nicht unter Strafe gestellt werden. In einer Stellungnahme teilte der Verein mit, daß eine "eindeutige Verurteilung des sexuellen Mißbrauchs" an keiner Stelle in Frage gestellt worden sei.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2013

### (x887/...): >>Schrille Tante in hohem Amt

Als Bundestagsvizepräsidentin repräsentiert Claudia Roth, was sie eigentlich haßt.

Um diesen attraktiven Versorgungsposten dürften viele Politiker Claudia Roth beneiden. Als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages bekommt sie knapp 12.500 Euro im Monat. Das ist kein schlechtes Einkommen für jemanden, der weder eine abgeschlossene Ausbildung noch eine ernstzunehmende Berufserfahrung vorweisen kann. Laut Lebenslauf auf der Internetseite des Bundestages ist die Abgeordnete Roth von Beruf Dramaturgin und hat als solche an den Städtischen Bühnen Dortmund und bei "Hoffmans Comic Theater" gearbeitet, bevor sie Managerin der Rock-Band "Ton Steine Scherben" wurde. Ihrer persönlichen Internetseite kann man zudem entnehmen, daß sie ein Studium der Theaterwissenschaften begonnen, ein Freies Theater gegründet hat und 1985 Pressesprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen wurde. Ihr weiterer politischer Lebensweg ist bekannt.

Diese Angaben bleiben auffällig vage. Beispielsweise ist nirgends angegeben, in welche Zeiträume die einzelnen Berufsstationen fielen. Auch erfährt man nicht, was aus dem von Roth gegründeten Theater geworden ist. Die Tatsache, daß sich die Kultband der links-alternativen Szene unter ihrem "Management" wegen Überschuldung auflösen mußte, bleibt ebenfalls unerwähnt. Und die Frage, was eine Abiturientin mit einem nach wenigen Semestern abgebrochenen Studium qualifiziert, als Dramaturgin, Managerin oder Pressesprecherin zu arbeiten, wird nicht beantwortet. Es ist offensichtlich, daß durch bewußt vage Angaben im Lebenslauf verschleiert werden soll, daß es sich bei der Bundestagsvizepräsidentin Roth um das handelt, was der Volksmund gemeinhin als "gescheiterte Existenz" bezeichnet.

Der Bundestagspräsident und somit auch seine Stellvertreter haben das höchste Staatsamt nach dem Bundespräsidenten inne. Mit Claudia Roth hat der Staat nun eine Spitzenrepräsentantin, die ihn zutiefst ablehnt. "Nie wieder Deutschland", forderte sie 1990. Und ihre Vision für den 3. Oktober beschrieb sie 2005 wie folgt: "Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarzrotgoldenen Fahnen." Die Türkei ist ohnehin ihre "zweite Heimat" und Deutsche hält sie für "Nichtmigranten, mehr nicht".<<

### Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. September 2014: >>Gutmenschen mögen Genderdeutsch

Gutmenschen mögen Genderdeutsch. Den Unterschied zwischen grammatischem und biologischem Geschlecht verleugnen sie. Sie meinen, daß es für die Frauen am schönsten ist, wenn die Sprache ständig an die biologischen Geschlechter erinnert. Eigentlich sind die Gutmenschen jedoch Gegner der Biologie, denn die Unterschiede, die jene schafft, wollen sie am liebsten abschaffen. Daher mögen sie besonders solche Menschen, die sich einem bestimmten Geschlecht nicht eindeutig zuordnen lassen und ehren diese sogar mit einem Unterstrich.

Weil die Sprachgemeinschaft jedoch über die "Bürgerinnensteige" stolpert, erfinden die Vordenker der Gutmenschen neuerdings lustige geschlechtsneutrale Wörter wie das gallisch klingende "Professx". Der "Bürgxmeistx" dürfte nicht auf sich warten lassen. Obelix würde sagen: "Die SPINNEN, die Gutmenschen!"

#### **"Politischer Moralismus"**

Der Berliner Medienwissenschaftler Norbert Bolz hat die gutmenschliche Sprachpolizei kürzlich im Deutschlandradio recht treffend beschrieben: "Gutmenschen sind Leute, die eine Rhetorik pflegen, die auch einen eigenen Namen in den letzten Jahrzehnten bekommen hat, nämlich political correctness. ... Sie setzt sich zusammen aus politischem Moralismus, aus einer Art Sprachhygiene, in einer Menge von Sprachtabus und darüber hinaus auch durchaus eine Art puritanischer lustfeindlicher Haltung."

Derzeit ist das Genderdeutsch dasjenige Gebiet der politisch korrekten Sprache, das die Vordenker der Gutmenschen am heftigsten bearbeiten. Dabei erfahren sie freilich immer mehr

Widerspruch. Das können sie jedoch völlig locker sehen, weil sie längst entscheidende Schlüsselstellen in der Politik und an den Universitäten besetzt halten. Sie sehen sich bereits als "breite wissenschaftliche, soziale und kulturelle Bewegung" (FG Gender). Aufgrund dessen müssen sie sich nicht dazu herablassen, ihre Positionen auf argumentativem Wege zu verteidigen.

### **Doktorarbeit über "Serialität in der Pornographie"**

Statt dessen beschränken sie sich in der Regel auf das Herabwürdigen und Verächtlichmachen ihrer Gegner. Beispielhaft war das neulich in einem Artikel des Berliner *Tagesspiegels* zu lesen ("Brutale Drohungen im Internet - Hetze gegen Genderforscherinnen"). Darin durften sich mit den Soziologinnen Sabine Hark und Susanne Völker zwei Vertreter der "Fachgesellschaft Gender Studies" (FG Gender) äußern, sowie der Sprachhistoriker Horst Simon.

Kritiker kamen indes nicht zu Wort. So fiel es der Verfasserin Sarah Schaschek leichter, den Feind niederzumachen und den Kritikern "Haßkommentare, Mordphantasien, Sexismus" zu unterstellen. Schascheks Agitation mag darauf zurückzuführen sein, daß die Journalistin selbst parteiisch ist. Sie lebt von der Genderei und erreichte ihren Doktorgrad mit einer Arbeit über "Serialität in der Pornographie", gefördert von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung.

### **Kritiker sind doof, krank und kriminell**

So beschimpft Schaschek denn Kritiker auch als "Maskulisten" und "Herrenrechtler". Auch Simon gibt den Vorwurf, die Genderei sei unwissenschaftlich, einfach zurück und unterstellt ihnen "Anti-Intellektualismus". Hark wiederum ist sich sicher, daß sich Kritiker nicht aus "seriösen Medien" und über den "akademischen Diskurs" informierten. Außerdem müsse es sich um verunsicherte und verängstigte Menschen handeln, Völker spricht von der "nervösen Mitte".

Das reicht Schaschek aber noch nicht. Sie warnt vor "rechtskonservativen Gruppen", die Genderisten mit Mord und Vergewaltigung drohten. Hark ist der Ansicht, daß "Haßredner" mit Hetzjagden vom sexuellen Mißbrauch ablenken wollen. Der Gegner ist also alles in allem offenbar geistig beschränkt und eher ein Fall für den Psychiater oder für das Gefängnis als für eine Diskussion. Mit Eliten, die einer solchen Unfreiheit das Wort reden, rutscht Deutschland geradewegs in den Totalitarismus ab.

### **Über Thomas Paulwitz**

Historiker und Sprachpfleger, wurde 1973 in Eichstätt geboren und studierte Biologie, Politik und Geschichte in Erlangen. Er ist Gründer der Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt" und seither ihr Chefredakteur. 2006 erhielt er den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalismus. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 12. November 2014: >>"Cohn-Bendits eitles Gegrinse"

### **Wie pädophil waren die Grünen?**

Im Bundestagswahlkampf 2013 geraten die Grünen unter Zugzwang. Der Auslöser sind Pädophilie-Vorwürfe, die auf die Anfangszeit der Partei zurückgehen. Auch ein Untersuchungsbericht kann die Grünen nicht entlasten.

Die Bombe geht im März 2013 hoch: Andreas Voßkuhle, Deutschland höchster Verfassungsrichter, weigert sich, eine Laudatio auf Daniel Cohn-Bendit zu halten. Grund dafür ist ein Buch von 1975, indem der Grüne über sexuelle Flirts mit Kindern geschrieben hatte. Was folgt, ist eine monatelange Debatte zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Im Bundestagswahlkampf müssen sich viele Helfer an den Ständen derbe Sprüche gefallen lassen, das Wahlergebnis am 22. September fällt enttäuschend aus. Nicht wenige sehen die Pädophilie-Debatte als Ursache.

Die Grünen wollen die Vorwürfe aufklären. Im Juni 2013 beauftragen sie den Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter, die Vergangenheit der Partei zu untersuchen. Walter und sein



Team besuchen Archive und sprechen mit Zeitzeugen. Nun haben die Wissenschaftler ihren mit Spannung erwarteten Abschlußbericht vorgelegt. Wie pädophil waren sie nun also, die Grünen?

Walter beginnt seinen Auftritt mit Humor. Er wolle niemanden enttäuschen, aber in einer Hinsicht sei die Untersuchung nicht ergiebig, sagt er zu den Journalisten. "Es wird kein Promikopf rollen", sagt er. Walters Fazit: Die Grünen waren keineswegs der Urheber der Pädophilie-Debatte. Die historischen Wurzeln lagen im deutschen Linksliberalismus der 1960er und 70er Jahre. Werte wie Emanzipation, Freiheit sowie die Befreiung der sexuellen Bedürfnisse seien heute zwar häufig positiv assoziiert, gleichzeitig jedoch auch Nährboden gewesen für Forderungen nach einer Liberalisierung des Strafrechts.

### **"Minderheiten wurden veredelt"**

Große Verlage hätten Schriften von Pädophilie-Apologeten verlegt. Eine große Rolle habe auch die Wissenschaft gespielt. Daß Sex mit Kindern für diese keine nachhaltigen Schäden habe, sei damals von einer Vielzahl von Forschern vertreten worden. Ein gängiges Argument lautete: Ein Kind würde vor allem dadurch traumatisiert, daß es im Anschluß an den Mißbrauch von verschiedenen Seiten befragt werde. Warum also keine Straffreiheit? "Niemand hat dem richtig widersprochen, auch nicht die konservative Presse", sagt Walter.

Doch völlig entlasten können er und seine Mitarbeiter die Grünen nicht. Die Forderungen von Befürwortern linksliberaler Freizügigkeit und Pädophilie seien Ende der 70er in die neu entstehende Partei eingeflossen. Walter zieht an dieser Stelle sogar den Vergleich mit der AfD und den Piraten. Neue Parteien zögen viele Leute an, vor allem Minderheiten. Aus machtpolitischen Gründen sei es üblich gewesen, daß viele Minderheiten, darunter auch die Verfechter der Straffreiheit für Pädophilie, ihre oft widersprüchlichen Positionen addiert und ohne Absprache zwischen 1979 und 1985 in eine Vielzahl von Programmen gebracht hätten. "Bei den Grünen wurden Minderheiten nicht nur toleriert, sie wurden als wertvoll erachtet und veredelt."

Grünen-Chefin Simone Peter lauscht Walters Ausführungen mit ernster Miene, gelegentlich nickt sie zustimmend. Täter hätten "aus unseren Beschlüssen damals Legitimität empfinden" können, räumt sie ein. Man habe inzwischen eine Telefonhotline eingerichtet, vier Betroffene hätten sich bereits gemeldet, drei davon von Fällen ohne direkte Verbindung zur Partei. Die Grünen distanzieren sich heute "mit Entschiedenheit" und bedauern ihre damalige Haltung "zutiefst". Man hätte die Konsequenzen "viel früher" tragen müssen und werde sich "der Verantwortung stellen". Nach einigen Minuten gibt es kein Synonym mehr für Reue und Entschuldigung, das Peter noch nicht genannt hat.

### **Wie groß ist die Schuld?**

Immerhin: Walter lobt die Grünen auch, nicht nur für ihren Aufklärungswillen. Weder bei der Kirche noch bei Pfadfindern habe es jemals eine so offene Debatte gegeben. Er habe außerdem nie unter so günstigen Bedingungen und derart geringer Einflußnahme des Projektförderers geforscht.

Walter, der in den späten 70ern sozialisiert wurde und sich selbst als "biederen sozialdemokratischen Reformisten" beschreibt, gibt vor, viele Verrücktheiten der 70er erlebt zu haben. "Aber so etwas gab es in meinem Milieu nicht." Als typischen Zeitgeist will Walter das Thema Pädophilie ohnehin nicht einordnen. Die Grünen seien Avantgardisten gewesen und nicht an den Zeitgeist angepaßt. "Den wollten sie ja eben aufbrechen."

Wie groß die historische Schuld der Grünen sei? Walter und sein Team argumentieren auf diese Frage vor allem parteirechtlich. Politische Parteien besäßen eine privilegierte Stellung. Sie trügen zur Willensbildung der Nation bei, mit Programmen, die letztlich in Gesetze einfließen. Die Grünen hätten in ihrer Entstehungsphase massiv von der Parteienfinanzierung profitiert. "Eine Partei ist kein Diskutierklub. Für diese zwei bis drei Jahre, in denen man sol-

che Positionen akzeptiert hat, tragen sie daher eine erhebliche Verantwortung", sagt der Wissenschaftler und wird deutlich: "Als Cohn-Bendit 1982 im Fernsehen mit seinem eitlen Ge-grinse solche Dinge gesagt hat, war er kein kleiner Junge mehr." <<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. April 2016: >> **Letzter Ausweg Kulturmarxismus**

Mimikry, Camouflage und das Interesse der Ideologie: Die Frankfurter Schule im Dienste des amerikanischen Geheimdienstes

Die Erklärungsversuche der Erschütterungen, Verwerfungen und Brüche, die mit dem 20. Jahrhundert verbunden waren, sind allgegenwärtig. Hinter der Oberflächenformel vom "Zeitalter der Extreme" verbirgt sich indes ein Jahrhundert der Ideologien, deren Konfliktmuster die Konturen eines europäischen Bürgerkrieges aufwies.

Demzufolge spielten in dieser Epoche sehr abstrakte, die Ideologien als elementare Glaubenskomplexe konstituierende Vorstellungen und Begriffe eine wesentliche Rolle. Um ein angemessenes Verständnis dieser Semantiken wird wohl noch lange erbittert gerungen werden. Während der Nationalsozialismus als "Radikalfaschismus" (Ernst Nolte) ein ausgezeichnetes Studienobjekt bildet, wird die Rolle der zweiten Großideologie des Jahrhunderts, des Marxismus und seiner Derivate, nicht selten marginalisiert.

Doch der klassische Parteilmarxismus ist in Deutschland längst ad acta gelegt; die Sozialdemokraten entledigten sich seiner 1959 in Bad Godesberg; den Kommunisten und ihren Nachfolgern gelang es im Zuge der mitteldeutschen Wende von 1989/90 den einst alles beherrschenden Marxismus-Leninismus abzuschütteln. Anders verhält es sich mit dem erfolgreichsten Ableger der Ideenreihe des Marxismus, dem schillernden Neomarxismus der sogenannten Frankfurter Schule. Sie ist bis heute überaus wirkmächtig und gilt als das eigentliche ideologische Rückgrat der Bundesrepublik, wie das Standardwerk über "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" (3. Auflage 2007) nachweist.

Wie konnte eine neumarxistisch orientierte Denkströmung derart staatstragend werden? Und vor allem: Was ist die Frankfurter Schule? Dazu gibt es zwei Auskünfte, eine weithin bekannte und eine eher unbekannt. Die intellektuellen Köpfe erkannten - so hebt die offizielle Sichtweise an - frühzeitig, daß der sowjetische Versuch der Verwirklichung eines Kommunismus mit dem humanistischen Gehalt des Marxismus nicht übereinzubringen war.

Marxisten im Dienste einer kapitalistischen Weltmacht

Statt dessen inaugurierten sie eine modernisierte Neubegründung der sozialistischen Tradition, bevor sie im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 aus rassistischen Gründen in die Emigration gezwungen wurden. Nach 1945 kehrten sie in die Bundesrepublik zurück und inspirierten, was nicht ohne fortschrittsfördernde Konflikte vonstatten ging, die Kulturrevolution von 1968, in deren Gefolge die Bundesrepublik erst recht eigentlich zu ihrer gegenwärtigen Form fand und seitdem als stabile Demokratie und offene Gesellschaft ein positives Beispiel deutscher Staatlichkeit darstellt, wie die heutigen Adepten dieser Schule selbstzufrieden resümieren würden.

Natürlich rufen derartige Erfolge auch Zweifler oder politische Gegner auf den Plan - und doch hat eine wirklich kritische Sicht auf die Frankfurter Denker sich auf vor allem ein Schlüsseldokument zu konzentrieren. Dabei handelt es sich um "33 Thesen", die im amerikanischen Exil entstanden und Anfang Februar 1947 von Herbert Marcuse in deutscher Sprache abgefaßt wurden (Feindanalysen, 2. Auflage 2007). Das vertrauliche Papier ist indes nicht das alleinige Produkt Marcuses, sondern wurde Ende des Jahres 1946 bei Diskussionen im innersten Zirkel der Frankfurter Schule konzipiert, den Max Horkheimer anleitete. Es wurde mehrfach diskutiert, ergänzt und erweitert und war über fast zwei Jahre hinweg virulent. Prinzipiell gilt: Wer diese in Paragraphenform abgefaßten Thesen nicht kennt, weiß nicht, was die Frankfurter Schule ihrer ersten Natur nach war.

Ihr Ausgangspunkt war, daß der Westen insgesamt sich nach dem Sieg über den Nationalsozialismus selbst faschisieren würde, wodurch sich weltweit neo-faschistisches Kapital und revolutionsunfähiger Sowjetblock gegenüberstünden. Aber nicht die verfehlte Zeitdiagnose ist letztlich bemerkenswert, sondern ihr extrem orthodoxer Marxismus und dessen utopistische Ziele: Abschaffung von Herrschaft, Ausbeutung, Arbeitsteilung und (Lohn-)Arbeit. Die politische Haltung der Frankfurter Schule entpuppt sich als ... Option von Anarchie und "Terror" (Horkheimer, Gesammelte Schriften Band 19) einschließender Leninismus - allerdings ohne Partei und ohne Arbeiterklasse.

Diese Praxislücke ließ sich in Amerika nicht überbrücken, sondern verwies nach Westeuropa und Westdeutschland. Von der Sache her aber handelt es sich hier um eine Art Blaupause für einen Zivilisationsbruch nach bolschewistischem Vorbild, auch wenn der katastrophische Bruch als "Sprung in den Sozialismus" verklärt wurde. Mit dieser denkwürdigen Programmatik, die im ersten Heft der erneuerten Zeitschrift für Sozialforschung erscheinen sollte, wollte man der "allgemeinen Orientierungslosigkeit" nach dem Epochenschnitt von 1945/46 entgegenwirken. Die originäre Frankfurter Schule war, so muß die Wesensdefinition lauten, die geschäftigste Gruppe der am meisten progressiven, pseudomessianischen und revolutions-trunkenen Elemente der Ewigen Linken.

Der gewonnene Gesichtspunkt der verborgenen innersten Verfaßtheit der Frankfurter Schule leitet über zur anzuzeigenden Edition. Im Frühjahr 1943 traten drei ihrer Mitarbeiter in den Dienst des amerikanischen Geheimdienstes OSS ein: Herbert Marcuse (1898-1979), Otto Kirchheimer (1905-1965) und der Sozialdemokrat Franz Neumann (1900-1954), der als Doppelagent auch für die Sowjetunion agierte. Womit sich sofort die Frage stellt, wie man sich die Tätigkeit überzeugter Marxisten im Dienste der führenden kapitalistischen Weltmacht vorzustellen habe? Die umfangreiche Edition und das Vorwort des italienischen Herausgebers, Raffaele Laudani, ermöglichen hierzu nunmehr ebenfalls zwei Auskünfte. Eine weithin bekannte und eine eher unbekannt.

Die Amerikaner waren an Informationen über den nationalsozialistischen Gegner interessiert, die Emigranten waren Deutschland-Experten mit hohen wissenschaftlichen Qualifikationen. Über diesen Deal hinaus hatten sie als rassisch Verfolgte gute Gründe, sich in die Front gegen "Nazideutschland" einzureihen; darüber hinaus konnten sie so ihren Lebensunterhalt bestreiten, denn um die Finanzlage der Frankfurter Schule war es seinerzeit schlecht bestellt. Die kollektiv oder einzeln verfaßten einunddreißig Berichte und Analysen, die hier erstmals vollständig auf deutsch verfügbar werden, sind demzufolge als antifaschistischer Beitrag zu werten. Sie decken eine große Bandbreite von strategischen Fragestellungen ab (unter anderem die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands, Bestrafung von Kriegsverbrechern) und stellen eine außerordentlich interessante Lektüre dar.

Nach 1945 hatten die USA plötzlich andere Interessen

Allerdings blieb die Zusammenarbeit zweier derartig unterschiedlicher Interessenlagen nicht ohne Konflikte, was - wie der Herausgeber herausstellt - "innerhalb der amerikanischen Verwaltung zu regelrechten 'Schlachten' führte - die die Frankfurter Gruppe fast immer verlor". Hiermit wird die ambivalente Seite des marxistischen Kriegseinsatzes sichtbar. Denn immer wieder schossen die engagierten Geheimdienstler über das Ziel hinaus, was an zahlreichen Vorschlägen deutlich wird, die letztlich im Interesse ihrer antikapitalistischen Agenda standen und auf die bürgerliche Substanz Deutschlands zielten, wie die Vorschläge zur Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, ausufernde Namenslisten von Wirtschaftsführern, Demokratie als Arbeiterdemokratie.

Der Nürnberger Hauptankläger Robert Jackson beispielsweise stand der ökonomischen Ursachenforschung Neumanns äußerst ablehnend gegenüber, woraufhin dieser aus Protest zurücktrat. Marcuse und Kirchheimer wurden, da der "linke" OSS geschlossen wurde, ins Außenmi-

nisterium versetzt, was einer Degradierung gleichkam. Die konservativen Amerikaner verfolgten eigene Ziele in Deutschland, indem sie das christdemokratische Zentrum aufbauten. Insofern war der Kriegseinsatz der Frankfurter Schule eine Episode, ebenso wie die "33 Thesen" - und doch sind es solche typischen Episoden, die ein stets verklärtes Phänomen der deutschen Ideologiegeschichte besser verstehen helfen. Die begabten Intellektuellen aber hatten ihre Lektion gelernt und schalteten, als die Amerikaner die kapitalistische Wiedererrichtung Westdeutschlands forcierten (Sommer/Herbst 1948), ihr Theoriedesign endgültig um. Nicht mehr die altmarxistische Politisierung der Ökonomie steht seitdem im Zentrum, sondern die schon länger vorbereitete kritisch-intellektualistische Thematisierung der Kultur; der zuvor verachtete Überbau avanciert zum erfolgversprechenderen Kampffeld (Kulturmarxismus). Marcuse wird sich später diesem Paradigmenwechsel anschließen, verweist doch mancher Gedanke der "33 Thesen" auf den kommenden messianischen Aufbruch des Jahres 1968. Raffaele Laudani (Hrsg.): Franz Neumann, Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer. Im Kampf gegen Nazideutschland. Die Berichte der Frankfurter Schule für den amerikanischen Geheimdienst 1943-1949, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2016, gebunden, 813 Seiten ...<<  
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Mai 2016 (x887/...):

### >>**Historische Kampfansage**

Parteitag: Die AfD fordert ihre Gegner unerwartet selbstbewußt heraus

Die junge Partei will in ein anderes Deutschland, "weg vom 68er-Deutschland". Bei den "68ern" wächst das Unbehagen.

Die etablierten Parteien haben allen Grund, die Entwicklung der AfD nach deren Stuttgarter Parteitag mit noch größerer Nervosität zu beobachten als ohnehin. Denn die Hoffnungen der Etablierten haben sich nicht erfüllt.

Diese bestanden zum einen darin, daß sich die junge Partei auf dem Treffen selbst zerfleischen würde. Die "Chancen" hierfür standen gut: Es war ein Mitgliederparteitag, jeder AfDler durfte kommen, mitreden und mit abstimmen - ein Ritt über den Bodensee. Doch das Gemetzel blieb aus, die Debatte geriet oft leidenschaftlich, (blieb) aber stets zivil.

Die weitere Hoffnung der AfD-Konkurrenz ruhte darauf, daß im Getümmel Beschlüsse "passieren" könnten, die den Stoff hergeben, die Partei ins braune Eck zu stellen. Fast das einzige, was schließlich skandalisiert wurde, war die Forderung nach dem Verbot von Minarett-Bau und Muezzin-Ruf. Das mag verfassungsmäßige Grenzen (Religionsfreiheit) überschreiten, folgt aber immerhin einem Schweizer Volksvotum.

Die AfD geht gestärkt aus diesem Auftritt hervor und schockierte ihre Gegner mit vor Selbstbewußtsein strotzender Fundamentalkritik. In seiner Begrüßungsrede gab Frauke Petry als Co-Bundesvorsitzender Jörg Meuthen den Ton vor: Das Programm der AfD sei "ein Fahrplan in ein anderes Deutschland, und zwar in ein Deutschland weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland, von dem wir die Nase voll haben".

Das ist eine Kampfansage von historischer Dimension. "Spiegel"-Kolumnist Jacob Augstein registriert entsetzt: "Die Bilder vom Parteitag ... zeigen dieses Gefühl einer großen Befreiung. Die Bande fallen ab. Die Fesseln." Er meint das als Horrorszenario für die linke Dominanz, die seit Ende der 60er Jahre Schritt für Schritt von der Bundesrepublik Besitz ergriffen hat.

Die AfD hat sich ein Gepräge gegeben, das sowohl liberal (freier Wettbewerb, Eigentumschutz, Eigenverantwortung, Eindämmung des EU-Zentralismus, Nein zum Euro) als auch patriotisch (mehr Erinnerung an positive Aspekte der deutschen Geschichte statt alles dominierender NS-Fixierung, Schutz vor unkontrollierter Einwanderung, statt dessen Einwanderung nach deutschen Interessen) und konservativ (deutsche Leitkultur statt Multikulti) orientiert ist. Sozial ist die AfD vor allem dort, wo sie die Arbeitnehmer vor der erdrückenden Konkurrenz von Massen neuer Niedriglöhner aus aller Welt schützen will, statt sie mit leicht zu umgehenden Mindestlöhnen zu blenden.

Die junge Partei wird an ihrem Profil weiter feilen und politische Kompetenz erwerben müssen. Das wird noch ein steiniger Weg, der eben erst begonnen hat. Wollen die Etablierten die AfD aber stoppen, sollten sie bald ein zündendes Gegenkonzept entwickeln. Der Weg dorthin dürfte jetzt noch steiniger werden.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. September 2016: >>**Nationalfeiertag: CDU-Politiker gegen Cohn-Bendit als Festredner**

Der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer hat gegen den geplanten Auftritt des Grünen-Politikers Daniel Cohn-Bendit als Festredner am 3. Oktober in der Frankfurter Paulskirche protestiert. "Herr Cohn-Bendit ist der denkbar ungeeignetste Redner für die Veranstaltung am Tag der Deutschen Einheit", sagte Irmer der JUNGEN FREIHEIT.

Cohn-Bendit habe, freundlich formuliert, eine "sehr durchwachsene Vergangenheit", kritisiert der CDU-Politiker. "Er ist nicht dafür bekannt, ein besonderes Verhältnis zur deutschen Nation zu haben und alles andere als ein Patriot. Gerade die Grünen, aber auch die SPD, haben seinerzeit die deutsche Wiedervereinigung abgelehnt. Als Redner für solch eine feierliche Veranstaltung ist Herr Cohn-Bendit eine völlige Fehlbesetzung."

Cohn-Bendit war von Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) eingeladen worden, am 3. Oktober in der Paulskirche die Festrede zum Tag der Deutschen Einheit zu halten.

**"Die Sexualität eines Kindes ist etwas Phantastisches"**

Der Grünen-Politiker steht immer wieder wegen pädophiler Äußerungen aus den siebziger und achtziger Jahren in der Kritik. Cohn-Bendit hatte 1975 in dem Buch "Der große Basar" geschrieben: "Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an. Ich konnte richtig fühlen, wie die kleinen Mädchen von fünf Jahren schon gelernt hatten, mich anzumachen."

An anderer Stelle heißt es: "Es ist mir mehrmals passiert, daß einige Kinder meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln. Ich habe je nach den Umständen unterschiedlich reagiert, aber ihr Wunsch stellte mich vor Probleme. Ich habe sie gefragt: 'Warum spielt ihr nicht untereinander, warum habt ihr mich ausgewählt und nicht andere Kinder?' Wenn sie darauf bestanden, habe ich sie dennoch gestreichelt." Später distanzierte er sich von dem Text. Dieser sei ein großer Fehler gewesen. Zudem betonte er, er habe nie ein Kind mißbraucht.

In einer französischen Fernsehsendung sagte Cohn-Bendit 1982 - unter dem Einfluß von Marihuana - über seine Arbeit in einem sogenannten Kinderladen: "Die Sexualität eines Kindes ist etwas Phantastisches. Man muß aufrichtig sein, seriös, bei den ganz Kleinen ist es etwas anderes, aber bei den Vier- bis Sechsjährigen, wenn ein kleines fünfjähriges Mädchen beginnt, Sie auszuziehen. Es ist großartig, weil es ein Spiel ist, ein wahnsinnig erotisches Spiel."

**Steinbach nennt Entscheidung "instinktlos"**

Kritik an der Einladung Cohn-Bendits kam auch von der hessischen CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach. Auf Twitter bezeichnete sie die Entscheidung als "instinktlos" und erinnerte an die Pädophilie-Äußerungen des Grünen-Politikers.

Der *Frankfurter Rundschau* sagte sie: "Bis heute sitzen auch im Bundestag noch immer Grüne, die sich offensiv dafür eingesetzt haben, daß Kindesmißbrauch straffrei gestellt wird: Jürgen Trittin, Volker Beck, Renate Künast."

Cohn-Bendit sei "als Schüler der Odenwaldschule durch pädophile, kriminelle Lehrer sozialisiert worden" und habe sich "mehr als eindeutig in Richtung Straffreiheit für Kindesmißbrauch geäußert".<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 8. September 2016: >>**Grüne Pädobebatte: Cohn-Bendit fordert Schlußstrich**

Der Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit hat die Debatte um die pädophile Vergangenheit seiner Partei für beendet erklärt. Die Grünen hätten dieses Kapitel ihrer Geschichte von einem

unabhängigen Gutachter in einem Buch aufarbeiten lassen. "Ich finde: Jetzt reicht es", sagte er der *Frankfurter Rundschau*.

Hintergrund ist die Diskussion um Cohn-Bendits geplante Festrede am Tag der Deutschen Einheit in der Frankfurter Paulskirche. Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) hatte den früheren Europaabgeordneten als Redner eingeladen. Hiergegen regt sich in der CDU Protest.

Mehrere CDU-Politiker, darunter die Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, stören sich an pädophilen Äußerungen Cohn-Bendits aus den siebziger und achtziger Jahren. So schwärmte er unter anderem davon, wie erotisch es sei, von einem fünfjährigen Mädchen ausgezogen zu werden. Etliche Jahre später bedauerte Cohn-Bendit diese Äußerungen.

**"Ich habe diese Scheiße so satt!"**

Von der *Frankfurter Rundschau (FR)* darauf angesprochen, sagte Cohn-Bendit, er sei damals in einer Phase gewesen, in der er permanent provozieren mußte. "Ich wollte provozieren. Ja. Deshalb habe ich angeberisches Zeug geschrieben, das den Spießbürger provozieren sollte." Auch habe er angeben wollen. Das sei aber unverantwortlich gewesen. Es habe nie irgendwelche unzüchtigen Handlungen von ihm mit Kindern gegeben.

Auf eine Nachfrage des Redakteurs zu dem Thema antwortete der Grünen-Politiker: "Aber ehrlich gesagt finde ich, daß unser Gespräch redundant wird. Auch Sie, die *FR*, reduzieren mich mit Ihren Fragen wieder auf diese zwei Seiten beziehungsweise auf diese Provokationen. Ich habe mich des öfteren dafür öffentlich entschuldigt, mehr kann ich nicht tun. Ich habe diese Scheiße so satt!" <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2016 (x887/...): >>>Nicht per se gefährlich

Bundesregierung stuft "Reichsbürger" eher als Querulanten und Störer denn als Gewalttäter ein

Nach den tödlichen Schüssen eines sogenannten Reichsbürgers auf einen Polizisten hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann angekündigt, die Reichsbürgerbewegung intensiv überwachen zu wollen. Dazu soll überprüft werden, welche ihrer Mitglieder Waffen besitzen. Ziel sei es, "allen Reichsbürgern, die legal eine Waffe besitzen, ihre Waffenerlaubnisse zu entziehen", erklärte Herrmann. Wer die deutsche Rechtsordnung ablehne, der biete keine Gewähr, ordnungsgemäß mit Waffen umzugehen. Die Reichsbürgerbewegung geht von einer völkerrechtlichen Weiterexistenz des Deutschen Reiches aus und erkennt die Rechtsordnung sowie die Institutionen der Bundesrepublik Deutschland nicht an (siehe PAZ 26/2016).

Die von Herrmann angekündigten Überprüfungen dürften allerdings wegen der Zersplitterung und Heterogenität der nicht in sich geschlossenen Reichsbürgerszene nicht einfach werden. Wie die Bundesregierung im Juli in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei ausgeführt hat, agieren in ihr überwiegend Einzelpersonen oder Kleingruppen ohne bundesweite Relevanz. Bestehende Strukturen der Szene seien "in Folge von Exekutiv- und Strafmaßnahmen" aufgelöst worden. Somit ist nur schwer festzustellen, wer dieser Szene zuzuordnen ist. Auffallen tun die Reichsbürger zumeist erst dann, wenn sie unter Hinweis auf ihre "Reichsbürgerschaft" ohne bundesdeutsche Rechtsgrundlage Widerstand gegen behördliche Akte leisten, Ämter bei ihrer Arbeit behindern oder Drohungen gegenüber deren Mitarbeitern aussprechen.

Ein besonderes szenespezifisches Gefährdungspotential sieht die Bundesregierung bisher nicht, auch wenn sie nicht ausschließen will, daß "sich der Aktionismus und die Aggression im 'Reichsbürger'-Milieu verstärken und es zu Radikalisierungseffekten kommt". Im Übrigen dürfe auch das Gefährdungspotential von Einzelpersonen nicht unterschätzt werden. Die von als Reichsbürgern bekannten Personen verübten Straftaten betreffen überwiegend Beleidigungen, Nötigungen, Volksverhetzungen, Propagandadelikte und Urkundenfälschungen. Dazu

kämen Bedrohungen, Erpressungen und Sachbeschädigungen sowie im geringeren Umfang weitere Delikte.

Durch "qualitativ höherwertige Straftaten" sind die Reichsbürger der Drucksache zufolge bisher kaum in Erscheinung getreten. In Einzelfällen seien auch Verstöße gegen das Waffengesetz festgestellt worden. In allen Fällen habe es sich bei den Beschuldigten jedoch um Einzelpersonen beziehungsweise Angehörige von Kleinstgruppen gehandelt.

Dennoch stehen die Reichsbürger seit längerer Zeit unter Beobachtung, würden doch die "oftmals schon im Ansatz abstrusen Reichsbürgerthesen" auch "im neonazistischen Spektrum und im Spektrum der Holocaustleugner für gut befunden und um antisemitische Konstrukte ergänzt", so die Bundesregierung. Deshalb würden "zu Hinweisen auf mögliche Gefährdungen im Umfeld der 'Reichsbürgerszene' ein regelmäßiger Erkenntnisaustausch mit den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden" erfolgen. Nach dem Polizistenmord dürften diese Maßnahmen erheblich verstärkt werden.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. November 2016: >>... Volksabstimmung Schweizer wollen Atomkraftwerke nicht schnell abschalten

Die fünf Atomkraftwerke in der Schweiz werden nicht vorzeitig vom Netz genommen: In einer Volksabstimmung hat eine überraschend große Mehrheit der Eidgenossen eine entsprechende Initiative abgelehnt.

Schon am frühen Nachmittag war in der Schweiz klar, was sich seit dem Vormittag immer mehr abgezeichnet hatte: Die fünf Atomkraftwerke des Alpenlandes werden nicht vorzeitig stillgelegt. In einer Volksabstimmung lehnte eine überraschend große Mehrheit von 54,2 Prozent eine Initiative der Grünen Partei (GPS) ab, die einen sofortigen "geordneten Ausstieg aus der Atomenergie" vorgesehen hatte. Für die Atomausstiegsinitiative votierten 45,8 Prozent der Eidgenossen.

Danach hätte die Laufzeit aller fünf Atomkraftwerke des Landes auf 45 Jahre beschränkt werden sollen. Bis spätestens 2029 hätten alle AKWs damit vom Netz müssen. Für drei der ältesten Atomkraftwerke der Welt - darunter zwei in unmittelbarer Nähe zu Baden-Württemberg - wäre schon im nächsten Jahr das Aus gekommen. Doch schon in ersten Hochrechnungen bekam die Initiative nur 45 Prozent der Stimmen, 55 Prozent stimmten dagegen. Auch war schon früh klar, daß die Mehrheit der Kantone die Pläne abgelehnt hatte. Damit scheitert die Ausstiegsinitiative schon allein am "Ständemehr".

Die 1969 sowie 1971 fertiggestellten AKW Beznau 1 und Beznau 2 liegen weniger als zehn Kilometer Luftlinie von der Südgrenze Deutschlands entfernt. Auch das Atomkraftwerk Mühleberg in der Nähe von Bern hatte 2017 vom Netz genommen werden müssen, die zwei weiteren Schweizer AKW bis spätestens 2029. Beznau 1 war der erste Atommeiler der Schweiz und ist das älteste noch in Betrieb befindliche Kernkraftwerk der Welt.

Ausstieg generell beschlossen, aber nicht, wie

Daß sich nach Deutschland auch die Schweiz über kurz oder lang vom Atomstrom verabschieden wird, ist seit der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 grundsätzlich klar. Auch die Schweizer Regierung beschloß damals den Ausstieg - nur wann und wie, wurde nicht geklärt. Nach dem gescheiterten Referendum vom Sonntag wird diese Frage die Schweizer Politik nun weiter beschäftigen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 15. Dezember 2016: >>**Blutiger Protest vor dem Landtag**

Tierhalter demonstrieren gegen den Wolf - mit Kadavern gerissener Tiere

Mit echten Tierkadavern - Schafen, Ziegen und einem Galloway-Kalb - protestierten Weidetierhalter auf dem Weihnachtsmarkt an der Marktkirche gegen den Wolf. Sie forderten eine härtere Gangart gegenüber Wölfen, bis hin zum Abschluß. Gleichzeitig tagte der Landtag und versprach den Tierhaltern unbürokratische Hilfe. ...

Mit der Protestaktion zwischen Landtag und Marktkirche forderten Halter von Weidetieren eine härtere Gangart gegenüber dem Wolf.

Zu den Tierhaltern, die vor dem Landtag ihrem Unmut Luft machen, gehört auch Marc Jacholke. Der 27-Jährige aus Uelzen hat 100 Mutterkühe, dazu 25 Pferde, zusätzlich vermietet er Boxen für Gastpferde. Und von denen seien die ersten bereits abgezogen worden - aus Angst, sie könnten Opfer des großen Beutegreifers werden.

"Der Wolf steht jede zweite Woche nachts an meinen Zäunen und guckt", sagt Jacholke. Einen Riß habe er noch nicht zu beklagen gehabt, aber es seien schon Pferde in Panik geflohen und fast auf die nächste Bundesstraße gerannt. Er wolle nicht für einen Unfall verantwortlich sein, sagt Jacholke. Und er wisse nicht, wie lange er mit dem Wolf in der Nachbarschaft weitermachen könne: "Das ist meine Zukunft, die da baden geht."

Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) zeigte sich verständnisvoll. Die eigenen Tiere getötet und zerfetzt vorzufinden sei "eine sehr belastende Situation", sagte der Minister im Landtag, wo gestern zeitgleich zum Protest draußen über das Thema diskutiert wurde. Und Wenzel kündigte an, den Weidehaltern schneller helfen zu wollen:

So soll das Meldesystem verändert werden, damit das Wolfsbüro schneller von Rissen erfährt. Außerdem sollen betroffene Halter rascher als bisher Hilfe bekommen. "Das kann die Bereitstellung von Zaunmaterial sein, das kann tatkräftige Unterstützung sein, das kann gegebenenfalls auch die temporäre Unterstützung mit Herdenschutzhunden und erfahrenen Hirten sein", sagt Wenzel. Über 100 Jahre habe es keinen Wolf in Niedersachsen gegeben - das Zusammenleben müsse neu erlernt werden, so der Minister. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...):

#### >>**Schäden durch Wölfe**

Umweltministerin Hendricks hält an Willkommenskultur fest

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat sich für ein Festhalten am strengen Schutz für Wölfe ausgesprochen. Im Gespräch mit dem Sender NDR1 äußerte die Politikerin die Ansicht, der Bestand an Wölfen sei noch nicht so groß, daß man die Raubtiere jagen müsse. "Es kann sein, daß der Wolf irgendwann nicht mehr zu den geschützten Arten in Deutschland gehören müsste, aber davon sind wir weit entfernt", so Hendricks. Die Ministerin verwies darauf, daß verhaltensauffällige Wölfe auch jetzt schon erlegt werden können.

Im Kontrast zu dieser Haltung wachsen in mehreren Bundesländern die Forderungen für eine Kehrtwende bei der Ansiedlungspolitik für Wölfe. Die Zahl der Tiere wird bundesweit mittlerweile auf rund 500 Tiere geschätzt. So genannte "Problemwölfe", die bis in Wohnsiedlungen oder gar bis in die Nähe von Kindergärten vordringen, sorgen in der Bevölkerung für Verunsicherung. Mit der steigenden Zahl der Raubtiere wachsen bundesweit bei Landwirten die Schäden bei Nutztieren. Vor diesem Hintergrund sind jüngst in den Reihen der niedersächsischen CDU und FDP Forderungen nach Obergrenzen für Wölfe laut geworden.

Der Präsident der Landesjägerschaft und CDU-Landtagsabgeordnete, Helmut Dammann-Tamke, hatte bereits im Januar die Wolfsmanagementpolitik des Umweltministeriums als verfehlt bezeichnet. In Niedersachsen wurde im Jahr 2012 in der Lüneburger Heide erstmals wieder ein Wolf gesichtet. Mittlerweile wird die Zahl von Wölfen in Niedersachsen auf rund 80 Tiere geschätzt. Mit einer Zahl von 180 bis zu 200 Wölfen hat sich das Land Brandenburg in den vergangenen Jahren sogar zu einer Hochburg der Wolfsansiedlung in Deutschland entwickelt. Es wird vermutet, daß von den bundesweit 46 bekannten Rudeln allein 21 auf dem Gebiet Brandenburgs leben.

Zum Vergleich: Im flächenmäßig viel größeren Schweden wird der Wolfsbestand auf etwa 380 Tiere geschätzt. Zudem existieren in dem skandinavischen Land Ausnahmeregelungen, nach denen eine kontrollierte Jagd auf den Wolf möglich ist. Auch eine dichte Bärenpopulation verlangsamt die Ausbreitung des Wolfes in Schweden.



Derartige Faktoren stehen einem Wachsen der Wolfpopulation hierzulande nicht im Wege. Die Folgen werden in Brandenburg mit seinen ausgedehnten Weideflächen besonders deutlich: Dort rissen im vergangenen Jahr Wölfe mindestens 143 Schafe und 19 Kälber. Reinhard Jung, der Geschäftsführer des Bauernbundes, forderte vor dem Hintergrund dieser Entwicklung eine Überarbeitung des Brandenburgischen Wolfsschutzprogramms und eine Lockerung des Schutzstatus.

Trotz Entschädigungen und staatlicher Hilfen stellt die wachsende Zahl von Wölfen die Landwirte vor eine Reihe von Problemen: Gerade die Weidehaltung gilt eigentlich als eine kostensparende Möglichkeit der Viehhaltung. Trotz Zuschüssen machen Zäune oder Herdenschutzhunde aber zusätzliche Investitionen notwendig. Die bisherigen Erfahrungen zeigen allerdings, daß es keinen 100-prozentigen Schutz von Weidetieren gegen Wölfe gibt. In Sachsen und Brandenburg haben Wölfe inzwischen regelmäßig auch elektrische Weidezäune überwunden. Vor einem besonderen Dilemma stehen mit dieser Entwicklung Agrarbetriebe, die im Sinne einer ökologischen Landwirtschaft auf eine Ganzjahresweidehaltung gesetzt haben.<<